

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepostete Kolonnet-
 telle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 2. März 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der deutsch-chinesische Zickzackkurs.

Ueber die ziellosere Genialität unsrer inneren Politik giebt sich niemand Täuschungen hin. Die Thatfachen liegen da vor aller Augen, man lernt die Personen, die Einflüsse, die Absichten, die Mittel, das wirre Hin und Her, man hat sich allmählich daran gewöhnt, das Unmögliche für das Wahrscheinliche zu halten, man wird durch keinen noch so großen Fehler mehr überrascht und all die jähren Sprünge und Umschwünge nehmen wir mit der Gelassenheit des Selbstverständlichen auf.

Ein wenig anders liegen die Verhältnisse in der auswärtigen Politik. Dort genießt die Betriebsamkeit der Diplomatie die Gnadengunst des Geheimen und Verschwiegenen. Die Staatsmänner sind gerade noch geistig genug, um sich hinter die täuschend prächtigen Coulissen des Staatsgeheimnisses zu flüchten. Die Discretion ist ihre Hauptwaffe im Kampfe um die Erhaltung des Regierungsnimbus. Und so gelingt es, das Volk der Laien und Urteilslosen immer noch in ehrfurchtig staunender Selbstbekehrung zu erhalten, und die Minister des Auswärtigen haben es leicht, mit einigen inhaltslos-feierlichen Phrasen und Hinweisen auf die verborgenen, bei Todesstrafe niemals zu entschleienden Untergründe der internationalen Politik die matten Frager und Opponenten der bürgerlichen Klassen zu beruhigen.

Dennoch treiben es die Diplomaten gelegentlich so bunt, daß auch der Raubdieb zu der lehrerischen Ahnung gelangt, daß die Weisheit, mit der die äußere Politik betrieben wird, genau so groß ist, wie die in der inneren Politik angewandte Geisteskraft.

Ein klassisches Musterbeispiel für die kaum glaublichen diplomatischen Irrungen der teuer bezahlten Staatslenker bietet die Geschichte der deutsch-chinesischen Politik, die, seitdem sie in den Wirkungsbereich der deutschen Aufgaben trat, eine Kette von Mißgriffen war, deren Korrekturen immer erst erfolgten, wenn es zu spät war, die Wirkungen der vorangegangenen Fehler auszugleichen.

Nach dem japanisch-chinesischen Krieg hätte die deutsche Regierung den Glücksfall benutzen müssen, daß in Japan eine starke Vormacht gegen den russischen Welteroberungszug entstand. England erkannte wohl die Bedeutung Japans. In Deutschland aber war damals England ebenso verhaßt wie Rußland beliebt und aus dieser momentanen Stimmung heraus beging man den geradezu unverständlichen Fehler, im Verein mit Rußland und dem zu jener Zeit noch zartentlosten Frankreich Japan in den Rücken zu fallen. Weitblickende politische Erwägungen haben diesen verhängnisvollen Irrtum sicher nicht veranlaßt, die damalige anti-englische Laune machte Deutschland zum Trabanten Rußlands.

Das war der erste Fehler, aus dem die ganze weitere unselbige Entwicklung der chinesischen Frage letzten Endes zu erklären ist.

Die Kulturmission Japans in Ostasien war gehemmt, Rußlands einzig ernst zu nehmender Gegner wurde gerade durch diejenigen geschwächt, die alles Interesse daran hatten, eine Schutzwehr gegen Rußland zu errichten. Die heutige Macht Rußlands in China ist die Folge jenes diplomatischen Schildbürgerkriegs.

Nachdem der Fehler einmal begangen, gab es noch eine Möglichkeit, ihn einigermaßen auszugleichen. Deutschland, das China gegen Japan beigestanden, mußte erst machen mit seiner Protektion Chinas. Aber auch diese einfache Ueberlegung war für die deutsche Diplomatie nicht zugänglich. Während England eine Zeit lang die allein zweckmäßige Politik verfolgte, China innerlich zu stärken, um es widerstandsfähig gegen die Angriffe Rußlands zu machen und dem westeuropäischen Handel die Thür offen zu halten, ließ sich Deutschland — vermutlich verleitet durch russische auf die neueste deutsche Weltmacht-Romanik berechnete Intriguen — zu einer Politik der Eroberung verleiten. Es kam Kiautschou und damit die Ursache zu dem jetzigen Zustand.

Die Erhebung der chinesischen Patrioten brach aus. Inzwischen war die Stimmung in Deutschland gründlich umgeschlagen. England war jetzt Favorit und Zar Nikolai bei uns höchst unbeliebt. Und wie in der ersten Epoche der deutschen Chinapolitik unsre Staatsmänner sich für russische Zwecke mißbrauchen ließen, so gelang es in der zweiten Periode England leicht — mit Hilfe der gleichen Anreizung unsrer weltromantischen Gefühle — Deutschland in das chinesische Abenteuer zu hegen; das militärisch wehrlose England brauchte einen gefähigen Helfer gegen das unheimlich vordringende Rußland.

Für besonnenen Politiker gab es in dieser Lage nur eine vernünftige Aktion: Deutschland hätte abermals in dem Zwiespalt der englisch-russischen Welt Herrschaftspläne auf die Seite des bedrohten Chinas treten und unbedacht aller schlimmen Vorurteile mit China Freundschaft halten müssen. Statt dessen brach jene deutsche Khaba-Episode an, jener sattem bekannte leidenschaftliche tragikomische Vernichtungskrieg gegen die gelben Bestien, der für immer zu den schwarzen Blättern der deutschen Geschichte gehören wird. Die Socialdemokratie, die, gegenüber den sinnlos rasenden bürgerlichen Parteien, allein realpolitisches Verständnis und klare Voraussicht bewies, warnte vergebens: Deutschland opferte Hunderte von Millionen und obendrein seinen europäischen Kredit für England, mit dem Erfolg, daß Rußland mißbelob die Frucht jenes früheren deutschen Fehlers anheimfel: die Mandchurei.

Jetzt aber, nachdem es zu spät ist, da dämmert unsrer deutschen Staatsweisen endlich die Erkenntnis, daß es, abgesehen von allen übrigen Bedenken, auch vom Standpunkt reiner Interessenpolitik, gar nichts Unklügeres thun konnte, als wilde Wogerjagden und grimmig dräuende Waldersee-Paraden zu inscenieren. Jetzt versucht man zu thun, was die Socialdemokratie von Anfang an als einzig rationelle Chinapolitik empfohlen, auf Seite Chinas gegen Rußland Stellung zu nehmen. Aber diese Einsicht kommt erst, nachdem nichts mehr zu

retten ist, ja, wo ihre Bethätigung zu einem neuen verhängnisvollen Fehler wird. An Stelle jenes deutsch-russisch-französischen Dreibunds gegen Japan und England, mit dem der Irrweg unsrer Chinapolitik anhub, tritt plötzlich ein deutsch-englisch-japanischer Dreibund, der seine Spitze gegen Rußland richtet.

Die zwar nicht formelle aber thatsächliche Annexion der Mandchurei durch Rußland hat natürlich Englands größte Verorgnis hervorgerufen, und es ist den Briten anscheinend gelungen, jetzt Deutschland für eine Intervention zu Gunsten Chinas gegen Rußland zu fördern. Aus Tientsin wird nämlich gemeldet:

„Zusolge Nachrichten aus zuverlässiger diplomatischer Quelle hat Deutschland die chinesische Regierung durch Li-Fung-Tschang wissen lassen, daß es unrichtig sei, wenn China wertvolle nationale Vermögensgegenstände und Einnahmequellen durch Separatverträge mit einzelnen Staaten oder Gesellschaften weggebe, so lange die Verpflichtungen Chinas gegenüber der Gesamtheit der Mächte nicht klargestellt und vereinigt seien. Sicherem Vernehmen nach sind von der Mehrzahl der Mächte teils früher, teils nachher Erklärungen abgegeben worden, die sich mit der deutschen Erklärung decken und zum Teil darüber hinausgehen.“

Diese Meldung bedeutet: Deutschland, das eben noch China hunnische Vernichtung schwor, bietet heute freundschaftliche Hilfe der gelben Bestie und rät ihr — unter der Bürgschaft Englands und Japans — sie solle sich doch nicht gutwillig von dem russischen Varen zerfleischen lassen.

Wenn man diese Politik im Juli vorigen Jahres getrieben hätte, statt in Khaba-Politik zu schwelgen, so wäre das ein sehr kluger Schachzug gewesen. Heute ist nichts mehr zu retten. Rußland hat seinen Raub in Sicherheit und die „Times“-Meldung, daß die Russen auf Li-Fung-Tschang einen starken Druck ausübten, um die Unterzeichnung des Abkommens bezüglich der Mandchurei zu beschleunigen, ist um dessentwillen ein zweckloses Tendenzmanöver, weil die Russen eine solche Pression gar nicht mehr nötig haben. Die Mandchurei ist ihnen sicher. China wird es vorziehen, sich mit Rußland gut zu stellen als sich auf die unberechenbare Freundschaft der Deutschen zu verlassen. Die Vorsetzungen des deutsch-englisch-japanischen Dreibunds gegen Rußland dürften also wirkungslos sein.

Aber der Anschluß an diesen neuen Dreibund ist nicht nur zwecklos, sondern es ist überhaupt kein Grund vorhanden, warum Deutschland in diesem Augenblick einen Schritt thut, der England natürlich lieb ist, der aber für uns gar kein reales Interesse hat, im Gegenteil und in neue bedenklliche Komplikationen hinein-führen kann.

Aber die Politik der Verkehrtheit und der verpackten Gelegenheiten scheint nun einmal der unabwendbare Fluß in unsrem Verhältnis zu China zu sein. Welche Zickzackwege unsre Staatsmänner immer wählen mögen, in einem sind sie zielbewußt: daß sie stets den falschen Weg erwählen.

So will es die Weisheit der auswärtigen Politik der deutschen Staatsmannschaft im Zeichen der wasserbräunlichen, abenteuerlichen Weltküsternheit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März.

Der Reichstag

erledigte am Freitag fast den ganzen Rest des Militär-Etats. Gesprochen wurde über vielerlei, über kalt- und warmblütige Pferderassen, über die Schüler der Kriegsakademie und ihre Verleitung zum Pumpen durch Kaufleute, über die Rabettenanstalten und ihre Insassen, über die Aufbesserung der Gehälter der Kadetten auf den Unteroffizier-Schulen und dergleichen mehr.

Herr Baasche trat für seine Freunde, die Eisenindustriellen, ein, indem er eine größere Berücksichtigung der privaten Waffenfabriken anregte. Sehr geneigt schien der Kriegsminister diesem Wunsche nicht zu sein. Er stellte den vernünftigen Grundsatze auf, daß er vor allem Arbeiterentlassungen bei den Staatsfabriken verhüten müsse, und nur einen etwaigen Rest an Aufträgen will er der Privatindustrie zuweisen.

Herr Köstke erkundigte sich nach der längst versprochenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Staatswerkstätten. Die Heeresverwaltung ist an dieser Verzögerung unschuldig. Die von ihr fertiggestellte Statistik ist im Reichsamt des Innern hängen geblieben. Deshalb blieb dunkel.

Beim Kapitel: Technische Institute der Artillerie leuchtete Genosse Zubeil wieder einmal in die Zustände hinein, die in diesen „Musterwerkstätten“ herrschen. Er hatte ein sehr reichhaltiges Material vor Hand, das die Löhne, die sanitären Zustände, die Behandlung der Arbeiter und die bescheidene Rolle betraf, die die Arbeiterausschüsse in den Spandauer Staatsfabriken spielen. Daß die Löhne für die jüngeren Arbeiter ganz unzulänglich sind, sie verdienen 2,40 M. täglich, erkannte selbst der konservative Abgeordnete P. u. l. an.

Der Vertreter der Heeresverwaltung, Generalmajor v. Einem, suchte den Eindruck dieser Mitteilungen dadurch abzuschwächen, daß er die höchsten Lohnsätze, die einzeln qualifizierte Arbeiterkategorien erzielen, vorführte und sich darauf berief, daß sich 9000 Arbeiter gemeldet hätten, während nur 3000 gebraucht wurden. Das spricht aber nur für die Not der Arbeiter und nicht für die Vortrefflichkeit der

Verhältnisse in den Spandauer Staatsfabriken. Ein gut Teil der vom Abg. Zubeil gerügten Mißstände mußte übrigens Herr v. Einem zugeben.

Am Sonnabend fällt die Sitzung aus. Der Kleine Rest des Militäretats, der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern und das Postgesetz stehen am Montag auf der Tagesordnung.

Das Abgeordnetenhau

befasste sich am Freitag zunächst mit der Frage des Mangels an Volksschullehrern. Veranlassung dazu gab eine freisinnige Interpellation, welche die Regierung um Auskunft über Umfang und Ursache des zur Zeit bestehenden Mangels an Volksschullehrern und um Mittel zur Beseitigung ersuchte. An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials wies der Begründer der Interpellation, Abg. Kopsch (Frp. Sp.) nach, daß neben dem chronischen Lehrermangel, der schon seit Jahren besteht, zur Zeit auch noch ein akuter Lehrermangel in fast allen preussischen Provinzen zu Tage tritt. Erschreckend hoch ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die infolge dieses Noistands überhaupt nicht eingeschult werden können. Den Hauptgrund dafür erblickte der Redner in dem Mangel an Seminaren, in der niedrigen Befoldung und der üblen rechtlichen Lage der Lehrer in den ländlichen Gemeinden.

In der Beantwortung der Interpellation mußte der Kultusminister Studt zugeben, daß zur Zeit etwa 1500 Lehrerstellen unbesezt sind; er bestritt aber einen Zusammenhang zwischen den Befoldungsverhältnissen und dem Lehrermangel. Natürlich, denn sonst könnte ja jemand auf den umfänglichsten Gedanken kommen, für eine so wichtige Kulturfrage Geld von der Regierung zu verlangen.

Die Debatte zeigte wieder einmal, wie traurig es um die preussische „Volksvertretung“ bestellt ist. Schon während der Rede des ersten Redners, des Abg. Ernst (fr. Berg.), der heftige, aber durchaus berechnete Vorwürfe gegen die Unterrichtsverwaltung vordrachte, herrschte im Hause lebhafteste Unruhe, und die Abgg. Weisler (C.) und Schall (L.), deren Reden noch unter dem Durchschnitts-niveau des Hauses standen, wagten es sogar, den Interpellanten vorzuwerfen, daß sie die Gehuld des Hauses zu lange in Anspruch nehmen. Um den Schein zu wahren, ließ die Mehrheit noch den National-liberalen S a d e n b e r g zu Worte kommen, der sich vor allem gegen eine etwaige Verkürzung des Lehrziels der Volksschule wandte, und machte der unangenehmen Debatte schnell durch einen Schlußantrag ein Ende. Noch nicht drei Stunden hatte die „Volksvertretung“, die sich sonst Wochen hindurch über Viehtransporte und Aehnliches unterhält, für die preussische Volksschule übrig.

Hierauf begann die zweite Lesung des Kultusetats. Die Beratung verlief diesmal programmwidrig. Es fehlten die mehrstündigen Reden der Herren Strombeck und D a u z e n b e r g, die schon seit Jahren das Kulturkampf-gepöhl einleiten. Statt dessen hatte das Centrum seinen Antrag über die Aufhebung der Beschränkungen für katholische Ordensniederlassungen an die Spitze der Beratung zu stellen verstanden, der, wie vorausgesehen, mit einer unwesentlichen, von konservativer Seite vorgeschlagenen Aenderung zur Annahme gelangte. Die Regierung wird trotz der schönen Rede des Herrn P o r s c h (C.), der die Verdienste seiner Freunde um das Vaterland nicht genug zu rühmen mußte, dem Antrage wohl kaum Folge geben. Die Zeit, wo das Centrum für seine Volksverräterei belohnt werden wird, ist noch nicht gekommen.

Am Sonnabend wird die eigentliche Generaldebatte über den Kultusetat stattfinden.

Socialdemokratie und Eisenbahnunfälle.

Preisen wir das Geschick, daß wir an der Spitze des preussischen Eisenbahnwesens einen Mann haben, wie Herr v. Thielen ist — so müssen sich am Dienstag die Herren der Landratskammer gefast haben. Schon längst war bekannt, daß es keiner so gut, wie er, versteht, Ueberfälle herauszuwirtschaften, aber niemand hatte geahnt, daß der Minister so umfänglich bemächtigt ist, das Leben der Reisenden zu schütten. Väterzungen hatten ihm nachgesehen, daß er die Organisation der Eisenbahnen verfolgt, weil er die geordnete Nacht derselben fürchte. Ein gründlicher Irrtum. Jetzt durch die Rede des Ministers hat es die Welt erfahren, daß er aus den trübtigsten Gründen so handelt muß; er darf die Organisation der Eisenbahnen — gleichbedeutend mit Socialdemokratie im Eisenbahn-tiensin — nicht dulden, will er das Leben der Reisenden nicht in dauernde Gefahr bringen.

Diese gloriose Ansicht des Herrn Ministers verdient im stenographischen Wortlaut für Zeit und Ewigkeit festgehalten zu werden. Der Abgeordnete Goldschmidt hatte sich auf den national-liberalen Landgerichtsrat K u l e m a n n berufen, der in seinem Buch über die deutschen Gewerkschaften bemerkt:

„Es ist ein Zeichen des heute in den Kreisen der Regierung vorhandenen Manges socialpolitischer Verständnisses, daß man die Mitgliedschaft des Verbands (Deutscher Eisenbahner) mit Entlastung bedroht und das Verbandsorgan verleiht, als ob die Unterdrückung aller Aufzehrungen der Unzufriedenheit diese selbst beseitigen könnte. ... Wenn der Staat Arbeiter wegen ihrer politischen Bestimmung entläßt, so handelt es sich natürlich nicht um Ausübung seines Hoheitsrechts, sondern um einen Akt der privaten Unterwerflichkeit, und wenn er sich hierbei den energigsten Unternehmern an die Seite stellt, so ist das ein Hohn auf die Forderung des kaiserlichen Erlasses, daß die Staatsbetriebe sociale Musteranstalten sein sollten. Gerade der Staat sollte in der Ausübung des gesetzlich gewährtesten Koalitions-

rechts eine Einrichtung sehen, die er nicht auf dem Wege der Verwaltung wieder hinfällig und inhaltslos machen darf."

Darauf äußerte nun Herr v. Thiele nützlich:

"Die Herren von den Linken haben gut theoretisch reden, ebenso wie der Landgerichtsrat Aulemann gut schreiben hat (sehr richtig); weder er noch Sie haben irgend eine Verantwortung. Ganz anders liegt aber die Sache bei mir. Ich habe die Verantwortung dafür, daß der Verkehr sich mit der Sicherheit und Pünktlichkeit bewegt, wie das notwendig ist. Und soll das geschehen, so muß die Disziplin aufrecht erhalten werden und so muß die Verbindung mit der Socialdemokratie ferngehalten werden. Ich habe die Verantwortung für die Sicherheit des Betriebs; das übrige ist Theorie, meine Praxis wird immer eine andere sein."

Schon heute beschwert sich die öffentliche Meinung über die häufigen Unglücksfälle auf den preussischen Eisenbahnen. Geschicht ein Unglück, so ist es der Verwaltung bisher noch immer gelungen, den schuldigen Beamten zu entdecken, der die Verantwortung trägt; denn nur daran liegt es, daß einzelne Beamte nicht ihre Schuldigkeit thun. Nun ist zwar von den Gerichten in zahlreichen Fällen der angeblich schuldige Beamte freigesprochen worden; es wurde vielfach festgestellt, daß eine übermäßig lange Dienstzeit den Beamten unfähig gemacht, seinen verantwortungsvollen Posten gewissenhaft auszufüllen. Aber das schon heute das Besondere und die Arbeiterschaft der Staatseisenbahnen von dem socialistischen Gift angegriffen ist, kann man wissen, inwieweit dieser Umstand bei den Unfällen mit ins Gewicht fällt?

Wie aber erst, wenn Herr v. Thiele die Socialdemokraten nicht in so energischer Weise abwehrt? Die Ueberfälle würden bald zum Teufel gehen, denn die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner würden sich bald die verrückte Idee der Socialisten zu eigen machen, daß ihnen ein größerer Anteil aus den Einkünften der Bahnen zukomme, daß sie nicht bloß zum Zwecke des Blutmachens da seien. Und mit der Sicherheit des Verkehrs gar wäre es vorbei; namentlich die D-Züge, in denen die von den Socialisten verheißten Eisenbahner die "oberen Behntausend" wohnen, würden alle nach dem Offenbacher Muster verbrannt. Nur wer sich in die vierte Wogenklasse retten zu den Proletariaten, wäre einigermaßen seines Lebens sicher und würde eine geringere Summe für seine Lebensversicherungspolice zu zahlen haben. So lange Herr von Thiele in Preußen Eisenbahnminister ist, können die Reisenden in den Schlafwagen also ruhig schlafen, es wird ihnen kein Haar gekümmert werden.

Zu welcher unheilvollen Zuständen es führt, wenn die Socialdemokratie d. h. will immer sagen, wenn die Eisenbahner sich organisieren dürfen, das wird man demnächst an Frankreich beobachten können.

Dort befindet sich ein Mann an der Spitze des Eisenbahnwesens, der im Grunde nicht dem Socialismus zugeneigt. Das dem so ist, scheint ganz sicher zu sein. Hat er doch kürzlich eine Verordnung erlassen, in der er bestimmt, daß innerhalb der Staatseisenbahnen Arbeitsräte, nach dem Muster der für die Industrie bestehenden, gebildet werden sollen. Die Aufgabe der Arbeitsräte besteht in der Ueberwachung der Befehle, Verordnungen etc., welche die Reglementierung der Arbeitszeit, der Pausen für die Lokomotivführer, Seiger, des Zupferpersonal, die Stationsbeamten und Arbeiter, sowie die Streckenarbeiter betreffen. Indirekt durch ebenbezeichnete Maßnahmen, aber auch direkt sollen die zu verwendenden Arbeitskräfte — zu denen auch die unterste Kategorie der Arbeiter mit herangezogen werden — die Sicherheit des Verkehrs mit überwachen.

Das Leben der Reisenden ist also gewissermaßen in ihre Hand gegeben. Arme Franzosen! Katastrophe auf Katastrophe wird folgen und — Frankreich entvölkern. Hoffentlich wird Pierre Paulin, der Missethäter, vor ein Kriegsgericht gestellt, ehe er seinen teuflischen Plan zur Ausführung bringen kann und die Franzosen miten und statt seiner den Herrn v. Thiele ans.

Uebrigens beginnt selbst in Deutschland das Gesehne des Umsturzes auf den Eisenbahnen zu fahren, hat doch schon die heftige Kammer volle Koalitionsfreiheit für die Staatsarbeiter durch Mehrheitsbeschluß gefordert. Wenn Herr v. Thiele nicht schleunigst gegen Hesse einschreitet, dann ist in diesem Lande niemand mehr seines Lebens sicher. —

Deutsches Reich.

Der Zollkampf.

Festlegung eines Minimaltariffs, Verdoppelung der bestehenden Getreidezölle, wesentliche Erhöhung des Zolls auf andre landwirtschaftliche Produkte — fordern 18 antisemitische und agrarische Abgeordnete der heftigen Zweiten Kammer in einem Antrag, behufs entsprechender Instruktion des heftigen Bundesratsbevollmächtigten.

Mehrere Stadtverwaltungen haben Protesteingaben gegen Zollerhöhung an den Reichskanzler beschickt. In Nordhausen war socialdemokratischerseits ein Antrag auf Besetzung der Kornzölle gestellt worden, aber die Vertreter der freisinnigen Volkspartei im Stadtverordneten-Kollegium drückten sich um die Stellungnahme zu dieser Forderung, indem sie im Einverständnis mit dem Magistrat einen Abschwächungsantrag einbrachten, der sich nur gegen Zollerhöhung erklärt. In Halle ist man sich noch immer nicht einig, ob man zur Absendung einer Kornzollpetition an den Reichstag „kompetent“ sei.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen über den Kornzoll kam es am Donnerstagnachmittag in einer Berliner Versammlung, die vom konservativen Verein des Potsdamer Vorbezirks einberufen war. Durch national-socialen Vorkämpfer wurde den konservativen Abgg. Jacobstötter, Felsch, Schreyff lebhaft zugelegt. Es zeigt sich, daß in Berlin die Normenpläne selbst in konservativen Kreisen nicht beliebt sind.

Zur Wilowgarde durch Dick und Dünn entwickelt sich immer mehr das Centrum. Auch die erwähnten Vorgänge in der auswärtigen Politik werden von der „Germania“ fleißig besprochen. Die Ankündigung der Rhein. Westf. Ztg., es müßte bei der demnächstigen Beratung des Reichstages ein gehöriger Erörterung der verfehlten Wilowischen Politik vorgenommen werden, beantwortet das Centrumblatt mit billigen Bemerkungen gegen die Wilowtriller.

Wir sind allerdings, wenn auch mit einem hohen Grade von Resignation und Gleichgültigkeit, darauf gefaßt, daß bei der bevorstehenden Beratung des Reichstages der auswärtigen Politik im Reichstag die auswärtige Politik zur Sprache gebracht wird. Der Reichstag hat ja unter seinen Mitgliedern einige Abgeordnete, die wie die Abgeordneten Haffe, Liebermann von Sonnenberg und Ahlwardt nicht nur über ein hervorragendes diplomatisches Talent, sondern auch über eine genaue Kenntnis aller diplomatischen Beziehungen und Verwicklungen verfügen — zu können glauben. Und in den Altdenken Blättern ist ja diese „große Aktion“ bereits mit dem Vernehmen angekündigt, daß die 88 dem Altdenken Verbande angehörigen Reichstags-Abgeordneten — die Rhein. Westf. Ztg. spricht mit pythischer Dunkelheit von „verschleierten“ Abgeordneten — sich vereinbart haben, der „Mitteilung“ über den Gang unserer auswärtigen Politik „Ausdruck zu geben. Daß dazu ein großer „Mut“ gehörte, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ glauben machen möchte, können wir nicht einsehen; ein großer Mund thut's auch schon. Und in dieser Beziehung fehlt es ja den Altdenken nicht. Wohl aber können dabei für einen Reichstags-Abgeordneten, der sich seiner politischen Verantwortung vor dem eignen Vaterlande und mit Rücksicht auf das Ausland in vollem Maße bewußt ist, ganz andre Momente in Betracht, in erster Linie das deutsche Interesse gegenüber den konkurrierenden und zum Teil gegenwärtigen Interessen des Aus-

lands. — Diplomaten vom Schlage des alldutschen Prof. Dr. Haffe werden dies als die Vertreter einer robusten Gefühlspolitik bei ihren athletischen Produktionen nicht so leicht erfassen und es nicht verstehen, daß ein geschulter Diplomat auf Grund seines Ueberblicks über die politische Gesamtlage, und namentlich nach seiner bevorzugten Kenntnis der politischen Verhältnisse, die doch dem einzelnen Abgeordneten unbedingt abgeht, solche Kursschlüsse in das Gebiet der hohen Politik nach Gebühr beurteilt und behandelt. Herr Abgeordneter Haffe hat dies ja bei der Etatsdebatte am eignen Leibe zur Genüge erfahren und wir meinen, er hätte genug davon.

Eherlich ist die auswärtige Politik der Herren Altdenken eine überaus lächerliche Geschichte. Das beweist aber nicht, daß der Grafen Wilow Politik nicht eine Politik taufendjähriger Fehler wäre. In Einigkeit mit dem Centrum freilich darf Graf Wilow alle denkbaren und undenkbarsten politischen Vorarbeiten begeben. Die Reichstags-Majorität unter Centrums Segen mag es nicht, an die auswärtige Politik zu rühren, mag sie noch so able Wege einschlagen. —

Bedingte Begnadigung. Dem Reichstage ist eine Zusammenstellung, betreffend die Anwendung der bedingten Begnadigung seit der Einführung dieser Einrichtung bis zum 31. Dezember 1900 zugegangen.

In Preußen wurde die bedingte Begnadigung am 23. Oktober 1895 eingeführt. Von da ab bis zum 31. Dezember 1898 betrug die Zahl der Fälle, in denen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt wurde, 10 085 oder durchschnittlich jährlich 3185; im Jahre 1899 beliefen sich diese Fälle auf 4188, im Jahre 1900 auf 4886. Im Oberlandesgerichtsbezirk Berlin wurde bis zum 31. Dezember 1898 in 1407 (durchschnittlich jährlich 444), im Jahre 1899 in 601, im Jahre 1900 in 580 Fällen bedingte Begnadigung gewährt. Von allen Bundesstaaten an zweiter Stelle, unmittelbar hinter Preußen folgend, steht hinsichtlich der Zahl der Fälle, in denen bedingte Begnadigung gewährt wurde, Hamburg mit 2332 Fällen bis 31. Dezember 1898 (875 Fällen im Jahresdurchschnitt), 791 Fällen im Jahre 1899 und 708 Fällen im Jahre 1900. Dann erst folgt Bayern mit 1978 (659), 697 und 605 Fällen, Sachsen, Waden, Württemberg usw. In sämtlichen Bundesstaaten wurde bis zum 31. Dezember 1898 18 295 Fälle (durchschnittlich jährlich 6041), i. J. 1899 7000 und i. J. 1900 7176 Fälle gezählt.

Die bedingte Begnadigung blieb in der Regel beschränkt auf Personen, die noch keine Freiheitsstrafe verbüßt hatten. Nur 1 Proz. aller Fälle betraf solche Personen, welche schon früher zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Die strafbaren Handlungen waren meist Vergehen, nur 15 Proz. Uebertretungen und verhältnismäßig ebensoviele Verbrechen; die Strafen, deren Vollstreckung ausgesetzt worden war, meist eine Gefängnisstrafe (85 Proz.), seltener Haft (15 Proz.) und nur in den ganz wenigen Fällen Justizhaus oder Festungshaft. Die Bewährungsfrist war in der Mehrzahl der Fälle (85 Proz.) auf weniger als drei Jahre bemessen, in den übrigen Fällen betrug sie drei Jahre und mehr. Nach den bis zum Ende des Jahres 1900 vorliegenden Ermittlungen beträgt die Verhältniszahl der endgültigen Begnadigungen für alle Bundesstaaten zusammengekommen über 70 Proz.

Bekämpfung des Duells. Zur selben Zeit, da die große Mehrheit des Reichstages sich wieder gegen den Duellunzug wendete, erfolgte die Begnadigung mehrerer Duellanten. Wie wir der „Volksg." entnehmen, wurde dem wegen Herausforderung des Vorsitzenden des Philharmonischen und Orchester-Vereins zu Königsberg, Gerharmen Justizrats Hagen, zum Zweikampfe zu drei Tagen Festung verurteilten Vorsitzenden des Königsberger Musikvereins, Professor Dr. Schulz, diese Strafe im Gnadenwege mit einer Verwarnung erlassen. Ferner wurde der kürzlich wegen Herausforderung des Polizeikommissars Sauer in Danzig zu einem Monat Festungshaft verurteilte Landmesser Schenk bis zur Hälfte der Strafe begnadigt.

Es ist kein Zweifel, daß diejenige Regierungsinstanz, die derartige Begnadigungen in Vorrichtung bringt, dazu beiträgt, daß sich in den Kreisen der Duellanten die Ansicht verbreitet, daß gelegentliche Duell werde in hohen Kreisen als wenig anstößig angesehen.

Gunnen-Ossizide. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat zwar noch keinen einzigen Eminenten veröffentlicht, dafür ließ er sich aber am letzten Sonntag von seinem China-Korrespondenten Dequet versichern, daß unreife China-Freiwilligen durchaus Schwinder, Aufschneider, Narren und müßige Renommist seien, die stolz auf ihre erfundenen Scheusalkheiten seien; denn der Mann schrieb:

„Aus solchen Stimmungen heraus und aus dem Bedürfnis, dasheim zu renommieren, müssen jene Briefe entstanden sein. Ich begreife nur nicht, daß man den Erlassenen solcher Leute, die ja doch wie die Kinder sind, eine solche Ernsthaftigkeit beimessen kann.“

Herr G. Wegner ist erst nach China gekommen, als das Schlimmste schon vorüber war. Er selbst hat eine Schilderung von den Chingaren der Truppen angeliefert; sie ist aber merkwürdigerweise von dem Blatt nicht veröffentlicht worden. Und nun behauptet er, die in zahllosen Soldatenbriefen übereinstimmend berichteten Thatfachen seien pure Phantasien, Renommistereien, obwohl doch in einem Teile der Briefe durchaus keine rennomistische Stimmung, sondern Abscheu und Empörung zum Ausdruck kommt. Zum Ueberflus sind die Grenel von ehrsüchtigen und unterrichteten Zeitungskorrespondenten, englischen, italienischen, französischen und auch deutschen, bestärkt worden.

Der „Lokal-Anzeiger“ scheint aber inzwischen selbst eingesehen zu haben, daß die Wegnerische Dementierung bei niemand Eindruck macht, und so läßt er sich dem eigens aus Tientsin einen „geharnischten Protest“ eines „einfachen Musketiers“ schicken, der beteuert:

„Wenn tatsächlich Briefe derartigen Inhalts dort eingegangen sind — so können selbst nur solchen Kameraden ihre Entstehung verdanken, die nicht gewohnt sind, den Weg der Wahrheit inne zu halten, die ihren Angehörigen gerne Schwandlungen berichten wollen und dadurch in ein besonderes Licht gestellt zu werden glauben.“

Die feinsinnige Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ versichert dann, sie könne „nicht ohne Bedauern“ die folgenden Sätze des einfachen Musketiers wiedergeben:

„Mit reinem Gewissen wollen wir unser Vaterland wiedersehen, denn wir wissen, daß wir unsre Thaten einst vor dem höchsten Richter verantworten müssen. Frei wollen wir sagen können, wir haben unsre Schuldigkeit gethan, unfrem deutschen Namen Ehre gemacht und unsre Hände nicht besudelt mit dem Blut unschuldiger Chinesen.“

Abgesehen davon, daß der Brief im Grunde nichts beweist, da ja alles von der Begriffsbestimmung „unschuldiger“ Chinesen abhängt, so zeichnet sich dieser Anti-Gunnenbrief nicht nur durch die gewöhnliche Frömmigkeit, sondern auch durch den merkwürdigen Umstand aus, daß er — nach der Darstellung des Blattes — direkt an „uns“, das heißt an den „Lokal-Anzeiger“ adressiert ist, während alle andern Gunnenbriefe an Freunde und Verwandte gerichtet und nicht für die Veröffentlichung in der Presse bestimmt waren, in die sie erst auf Umwegen gelangt sind. Es handelt sich also offenbar in diesem Falle um einen Abkommen des „Lokal-Anzeigers“, und da ist es nicht erstaunlich, daß der Mann emerseits die veredelnde Wirkung seines Leitblatts zeigt und zugleich weiß, was allein der „Lokal-Anzeiger“ zu veröffentlichen sich verpflichtet fühlt: Vertuschen ist Ehrensache.

Leider sind nicht alle Chalk-Krieger durch das Abonnement des „Lokal-Anzeigers“ verehrt und so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß der folgende Brief, der neueste Vorgänge behandelt — und dessen Original wir auf seine Echtheit geprüft haben — nichts von jener christlich-deutschen Großherzigkeit verriät.

Der Brief ist am 22. Januar 1901 auf der deutschen Clappenstation Thien-shien-thön geschrieben und enthält am Schluß das folgende „Erlebnis“:

„Nun will ich Euch ein kleines Erlebnis vom 13. 1. erzählen. Das Dorf, in dem hier unsere Station liegt, ist ein etwa 8000 Chinesen fassend und von seinen der Bewohner sehr friedliches Dorf. Es war gegen 1/2 11... als der Posten innerhalb des Gols, auf den Mauern plötzlich 2 Chinesen stehen sieht, er ruft sie an, erhält aber zur Antwort einen Pfeil, der natürlich nicht traf und im Nu lagen ein Loter und ein schwer verwundeter Chineser im Hofe. Diese beiden Schüsse unseres Postens hatten natürlich die ganze Clappe wie auf Kommando alarmiert und in 5 Minuten stand alles fertig zum Kampfe mit 150 Patronen, sofort wurden die nach der Gebirgsseite führenden Thore geöffnet und wir riefen heraus, 20 Mann... Zum Glück hatte es den Abend geschneit und wir konnten im Schnee genau den Weg der beiden Spione sehen als wir plötzlich hinter einem Felsen etwa 1000 Yoger auf ungefähr 300 Meter stehen sahen wir eröffneten natürlich ein verberendes Feuer auf die Chineser die es vorgezogen stehen zu bleiben anstatt wie die Anderen über die Felsen weg auszuziehen als wir so ungefähr 5 Min. geschossen hatten sah unser Lt. daß obgleich es fast taghell war viele Schüsse sehr gingen wir hielten die Jahnstocher auf Gewehr u. mit Hurrah gieng draus auf die Schweine die uns tätigt mit Steinen bombardierten wir verankerten ein amüantes Ferkelchen bei welchem 33 Yoger das ewige Lämpel auf gepußt wurde 21 waren durch Kugeln gefallen, 32 durch Bajonettschläge. Unsererseits hatte einer einen Stein gegen den Kopf bekommen der ihm ein Stück Ohr gefloht hatte sonst war alles mobil u. wir hatten wenigstens wieder einmal eine kleine Freude gehabt.“

Gern wollen wir — andernfalls müßte man ja an jedem menschlichen Fortschritt verzweifeln — annehmen, daß die kanibalische Stimmung dieses Chalkkriegers nicht die allgemeine ist. Daß dergleichen Briefe aber in immer neuen Exemplaren in die Heimat geschickt werden, beweist jedenfalls eine erschreckende Wirkung dieses Weltentriegs!

Käfermann, ein Hauptführer der konservativen Fraktion in Sachsen, ist in Dresden verstorben. Er hat ein Alter von 80 Jahren erreicht.

Käfermann gehörte dem Reichstage von der ersten bis zur achten Legislaturperiode an. Er vertrat die rückständigen Ideen des Jüngertums und war stets in der vordersten Reihe derer, welche Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter schmiedeten. Als er 1893 von den Antisemiten aus seinem Reichstagsmandat verdrängt wurde, verlegte er den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den sächsischen Landtag, dessen Majorität ihm wiederholt zum Präsidenten erwählte. Sein Präsidentenamt führte er ganz einseitig im Sinne der konservativen Majorität, er befehligte sich fortwährend der kleinlichsten Ungerechtigkeitsmaßregeln gegen die socialdemokratischen Abgeordneten, die er mit geradezu hämischen Haß verfolgte. Unter seiner Förderung kam die Vereitelung des gleichen Wahlrechts in Sachsen zu stande. Schließlich nahm seine politische Laufbahn einen überaus verdienten Ausgang, indem ihm die eignen politischen Freunde aus dem Vorkreiseramt im Stadtverordneten-Kollegium, von dem er nicht freiwillig lassen mochte, drängten.

Herr Käfermann — genannt die „weiße Weste“ — ist zweifellos der Typus eines politisches kleinlicher Arbeiterfeindschaft gewesen. Er zählt nicht einmal zu den politischen Gegnern, denen wenigstens die persönliche Achtung von seiner Partei versagt werden kann. —

Augenburg, 1. März. Kommerzienrat Theodor von Hahler, Reichsrat der Arone Bayern, ist gestern abend gestorben.

Von Herrn von Hahler war jüngst die Rede, da er der Adressat des vielbeprochenen Buch-Briefs war. v. Hahler gehört zu den Begründern und Leitern des Centralverbandes deutscher Industrieller. In seiner Charakteristik genügt es anzuführen, daß das „Kanonens“ und „Scharfmacherblatt“ „Verl. Neuest. Nachr.“ ihm einen bewegten Nachruf widmet. —

Die Lage der Staatsarbeiter im heftischen Landtag.

Darmstadt, 28. Februar. In der Donnerstags-Sitzung der zweiten Kammer des Landtags stand der Antrag der socialdemokratischen Landtagsfraktion, die Arbeiterverhältnisse in den Staatsbetrieben der Arbeiter-Verhältnisse in der Verhandlung. Der Antrag bezweckte gesetzliche Festlegung 1. eines achtstündigen Normalarbeitstags, 2. eines mit den Arbeitern zu vereinbarenden Minimallohnes, 3. Zuzicherung fester Alters- und Pensionzulagen, 4. Garantierung der freien Ausübung des politischen und wirtschaftlichen Koalitionsrechts. Die Regierung hielt sich der gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben gegenüber völlig ablehnend. Die Einführung des Achtstundentags in dem heftischen Teilbetrieb der Bahn-Redar-Wagen für sich würde nicht in Erwägung gezogen werden und in den Betrieben der Forst- und Wasserbau-Verwaltung sei diese Arbeitszeit, wegen der Natur der Arbeiten, ausgeschlossen. Gleich ablehnend verhält sich die Regierung gegenüber dem Minimallohn. Dagegen hat sie Vorarbeiten eingeleitet, über Leistung zuzuhilfen Julagen zu den Alters- und Invalidenpensionen und über die Einrichtung einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter im Staatsbetriebe. Die Regierung meint, daß sie es aber entschieden ablehnen müssen, zu dem Punkt 4 des Antrags irgend welche Zusicherungen zu geben, die nur durchgeführt werden könnten unter Verzicht auf pflichtmäßige Pflege treuer monarchischer Bestimmung und unter Preisgabe der für die Betriebe unentbehrlichen Disziplin. Ueberdies sei sich die Regierung bewußt, eine unzulässige politische Bevormundung ihrer Arbeiter nicht auszuüben.

Die sich hieran anschließende Debatte zeigt das überraschende Ergebnis, daß sich der national-liberale Großindustrielle Abg. Reinkhardt-Worms mit warmen Worten entschieden für den socialdemokratischen Antrag aussprach. Reinkhardt ist für den Achtstundentag, wenn auch nicht zunächst für alle im Staatsbetriebe beschäftigten Arbeiter, so doch für einzelne, die Arbeiter besonders anstrengende und ihre Gesundheit schädigende Arbeitsleistungen. Die Forstverwaltung scheidet davon noch aus. Er gehe aber weiter und verlange auch die Staatsfürsorge auf die Arbeiterwohnungen ausgedehnt, damit der Arbeiter nach Beendigung seiner Dienstleistung in einem gefunden Wohnraum sich erholen könne und nicht gezwungen sei, Wirtschaftler zu frequentieren. Nur für den gesetzlichen Minimallohn könne er sich vorerst nicht erwärmen, das müßte der Vereinbarung überlassen bleiben. Dagegen verurteilte er, Reinkhardt, auf das Entschiedenste, daß der Arbeiter wegen seiner gewerkschaftlichen, politischen oder konfessionellen Ansicht noch einer Kontrolle, gleichviel ob durch Privat-Unternehmer oder den Staat als Arbeitgeber, unterliege. Er verlange, daß in seinem Betriebe (Reinkhardt beschäftigt in seiner großen Lederfabrik in Worms viele hundert Arbeiter) der Arbeiter seine Schuldigkeit thue. Alles übrige gehe ihn, Reinkhardt, nichts an.

Die Ausführungen dieses Abgeordneten machten sichtlich Eindruck auf die Kammer und die Antisemiten und Agrarier in derselben, erditiert über unsere Agitation gegen den Vorkreiser, geberdeten sich in einer Weise, die vielfach recht heitere Momente zeitigte. Der Führer der heftischen Antisemiten und Bauerubändler, Bürgermeister Söhler, hatte vorher in der Kommissionsberatung die Erklärung abgegeben, daß er für die Arbeiter nichts übrig habe. Genosse Kramer nagelte in seinen Ausführungen zu dem Antrag diese Keuerung vor dem Plenum an und Söhler gab dann die Erklärung ab, daß er laut vor dem Lande versichern wolle, daß das Verhältnis zwischen Socialdemokratie und den Vertretern der Landwirtschaft zertrümmert sei. Es liege im Interesse der letzteren, daß die industriellen Arbeiter nicht besser gestellt würden, da dieses eine Schädigung der landwirtschaftlichen Betriebe bedeute. Seiner Freunde Pflicht sei es, die Socialdemokratie überall, wo sich Gelegenheit

biere, auf's entschiedenste zu bekämpfen. Die Lösung müsse sein: Gegen das Judentum, das Großkapital und die Socialdemokratie! Dem allerneuesten Socialistenführer Köhler sekundierten seine Freunde Weidner (Christlich-social), Brauer und Wolf, welche letzterer es für berechtigt erklärte, daß die socialdemokratischen Arbeiter nicht gleiche Behandlung erfahren, wie andre Arbeiter. Unse Vertreter im Reichstag Parlament waren keineswegs niederschmetternd von diesen Drohungen, sondern freuten sich sichtlich darüber und die Genossen Ulrich, Hans und Cramer sagten den Herren manche Liebenswürdigkeit, die ihnen kaum angenehm gewesen waren.

Der vierte Ausschuss, welchem die Berichterstattung über den Antrag unserer Parteigenossen oblag, hatte in seiner Majorität beantragt, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, den Ständen baldigst eine statistische Zusammenstellung über die wirtschaftliche Lage der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, insbesondere 1. über die Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben und 2. über die geübten Löhne in ihrem Mindest- und Höchstmaße zugehen lassen. Weiter beantragte der Ausschuss, die zweite Kammer sprich die Erwartung aus, daß auch den im Staatsbetrieb beschäftigten Arbeitern das Recht freier politischer Meinungsäußerung und wirtschaftlicher Kooperationsfreiheit gewährt und praktisch gehandhabt wird. Diese Ausschussanträge wurden nach Befürwortung durch den Berichtserstatter des Ausschusses, Abg. Dr. Frensch (C.) mit geringer Majorität angenommen. Der Antrag unserer Fraktion indes gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Grubenunglück.

Essen a. N., 1. März. Wie die „Mehlnisch-Westfälische Ztg.“ aus Wredenscheid bei Hattingen meldet, sind im Schacht 2 der Zeche „Hoffnungsthal“ durch ein Grubenunglück drei Bergleute getötet, drei schwer und einer leicht verletzt.

Die verbesserte Invalidenversorgung.

Ein Berliner Blatt ist in der Lage, den dem Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf zu veröffentlichen, der infolge langjähriger Bemühungen des Reichstags endlich ausgearbeitet worden ist. Er lautet wie folgt:

§ 1. Die Versorgung derjenigen Personen des Soldatenstands und Beamten des Reichsheers, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schütztruppen, welche durch die von deutschen Staaten vor 1871 oder von dem deutschen Reich geführten Feldzüge invalide geworden sind, sowie der Hinterbliebenen aus solchen Feldzügen wird in nachstehender Weise geregelt.

Die Invalidität umfasst die Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes und zur Erfüllung der Amtspflichten sowie die Beschränkung oder Aufhebung der Erwerbsfähigkeit.

Ob eine militärische Unternehmung im Sinne des Gesetzes als ein Feldzug anzusehen ist, bestimmt der Kaiser.

§ 2. Die Pension wird den Offizieren bis zu andertweitem geachtlicher Regelung nach den bisherigen Sätzen gewährt.

§ 3. Die Kriegszulage beträgt monatlich:

a) 100 M. für Offiziere vom Hauptmann abwärts,

b) 80 M. für Offiziere höheren Dienstgrades.

§ 4. Die Verstämmelungszulage beträgt monatlich: bei einfacher Verstämmelung 90 M., bei jeder weiteren Verstämmelung gleichfalls je 90 M.

§ 5. Denjenigen Offizieren, deren jährliches Gesamteinkommen 8000 M. nicht erreicht, kann im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit vom Ersten des Monats ab, in welchem sie das 55. Lebensjahr vollenden, eine Zulage (Alterszulage) bis zur Erreichung dieses Betrages gewährt werden.

§ 6. Die Pension der Unteroffiziere und Gemeinen beträgt je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit monatlich in der

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
a) für Feldwebel	100	75	45	30
b) für Sergeanten	75	60	36	24
c) für Unteroffiziere	65	50	30	20
d) für Gemeine	60	45	27	18

Die Beträge der Pension 5. Klasse bleiben wie bisher.

§ 7. Die Kriegszulage beträgt monatlich:

für die Ganzinvaliden 15 M.

für die Halbinvaliden 6 M.

§ 8. Die Verstämmelungszulage beträgt monatlich bei einfacher Verstämmelung 27 M., bei jeder weiteren Verstämmelung gleichfalls 27 M.

§ 9. Neben der Pension nach § 6 wird die Zulage für Richtbewegung des Civilversorgungsscheins und die Anstellungsentschädigung nicht gewährt werden.

Die Beträge der Personen aus diesem Gesetz sind aus den Mitteln des Reichs-Invalidenfonds zu decken, für das Jahr 1901 bis zum Betrage von 18 Millionen. Das Gesetz tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft. Rückzahlungen für eine rückliegende Zeit finden nicht statt.

Ein sanfterer Gottesmann. Aus Strahburg i. E. wird uns vom 28. Februar geschrieben: Großes Aufsehen erregte die gestern vor dem Schwurgericht stattgehabte Verhandlung gegen den 43jährigen katholischen Pfarrer Ludwig Währ in Ottershal wegen Brandstiftung. Währ war vom Mai v. J. ab mit der 22 Jahre alten hystischen und schwachsinnigen Elise Hörter mehrfach in geschlechtlichen Verkehr getreten und hatte sie von da ab auf längere Zeit zu sich ins Pfarrhaus genommen. Als ihm das Mädchen später durch Klatsch und Drohbrieife lästig wurde, suchte er sich ihrer zu entledigen. Zunächst beschäftigte er die Hörter des Diebstahls und Hausfriedensbruchs, jedoch ohne Erfolg. Dann griff er zu einem andern Mittel, von dem er sich mehr Wirkung versprach. Im August v. J. brach in dem neben dem Pfarrhause gelegenen Anwesen eines Verwandten der Hörter ein Brand aus, der jedoch, ohne größeren Schaden zu verursachen, alsbald gelöscht werden konnte. Auf der Brandstätte wurden verschiedene Gegenstände gefunden, die unzweifelhaft auf eine verbrecherische Brandstiftung schließen ließen: Flaschenhälften, zwei mit Petroleum getränkte Flaschen, eine Petroleumlampe etc. Der Verdacht fiel sofort auf die Elise Hörter, von der man wußte, daß sie mit ihren Verwandten im Streit lebte, und Pfarrer Währ suchte diesen Verdacht nach jeder Richtung hin zu bekämpfen. Die gerichtlichen Nachforschungen ergaben jedoch, daß die Beschuldigte sich zur kritischen Zeit in der Strahburger psychiatrischen Klinik in Behandlung befand, der gegen sie erhobene Verdacht also völlig unbegründet war. Mittlerweile hatte sich herausgestellt, daß sowohl die erwähnten Flaschenhälften als auch die Riste und die Petroleumlampe aus dem Pfarrhause stammten. Später fanden sich an der Brandstätte noch zwei angebrannte Lappen, die von demselben Stoff waren wie ein in der Pfarrküche vorgefundenes Tuch. Pfarrer Währ wurde darauf unter dem Verdacht, die von ihm der Hörter zur Last gelegte Brandstiftung selbst verübt zu haben, in Haft genommen und legte schon am nächsten Tage ein unfassendes Geständnis ab. Er habe die That begangen, um nachher die Hörter derselben zu zeihen und sich dadurch der ihm unbecquem gewordenen Person zu entledigen. Später veränderte der Angeklagte sein Geständnis dahin, er habe eine dritte Person mit der Legung des Feuers beauftragt, während er selbst in einiger Entfernung wartete. Diese Darstellung erwies sich jedoch alsbald als unwahr, wie auch der Versuch Währs, durch Simulation von Selbstmord sich den strafrechtlichen Folgen seiner Handlungsweise zu entziehen, an dem Untertan des psychiatrischen Sachverständigen scheiterte. Hinsichtlich der That selbst nahm das Gericht lediglich Sachschädigung an, verurteilte den Pfarrer aber mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der That und die von ihm dabei an den Tag gelegte gemeine Gesinnung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, ohne Anrechnung der etwa sechsmonatigen Untersuchungshaft.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. März. Abgeordnetenkammer. Das Haus lehnt nach längerer Debatte die Dringlichkeit des Antrags des Abg. Cingr betreffend die Verwendung jugendlicher und weiblicher Hilfsarbeiter und die Abkürzung der Arbeitsdauer im Bergbau ab. Der Antrag des Abg. Cingr wird dem Ausschuss zugewiesen. Der Abg. Wolf bespricht die vom Präsidenten an den Interpellationen der Abgeordneten geübte Censur. Der Präsident ruft den Redner zur Sache und droht mit Wortentziehung. (Heftiger Widerspruch bei den Abgeordneten; großer Lärm.) Wolf fragt den Präsidenten, ob er in Zukunft die Geschäftsordnung anwenden wolle. Der Präsident erwidert, er bleibe bezüglich der Interpellationen der Abgeordneten bei seiner früheren Entscheidung. Die Sitzung wird 3/4 Uhr geschlossen.

Frankreich.

Einen Strich durch die Rechnung haben die Socialisten den Reaktionen gemacht, indem sie beschlossen, die für Freitag geplante Interpellation über das Verhalten der Regierung zu dem Streik in Montceau um einige Wochen zu verschieben. Die Linken hatten sich gewissermaßen zur Übernahme der Regierung schon vorbereitet, dem sie hofften diesmal sicher auf den Sturz des Ministeriums. Und ihre Kalkulation war durchaus nicht unbegründet; von Seiten der Socialisten waren bei dieser Gelegenheit scharfe Angriffe gegen das Ministerium zu erwarten, und die Rechte hatte denn beschlossen, für jedwede Resolution der Linken zu stimmen, um den Sturz des verhassten Ministeriums herbeizuführen. Der Beschluß der Socialisten, die Interpellation zurückzustellen, wird es ermöglichen, daß der Gesetzentwurf betr. die Religionsgesellschaften weiter und hoffentlich zu Ende beraten werden kann; das gerade möchte die Rechte so gern verhindern.

Portugal.

Lisboa, 28. Februar. Zahlreiche Arbeiter der Tabakfabrik veranfaleteten Kundgebungen gegen die Jesuiten. Das Haus einer Verfalligkeit, die beschuldigt wird, zu denjenigen zu gehören, welche die Tochter des brasilianischen Konsuls Calmon entführen wollten, wurde mit Steinen beworfen, ebenso das Haus der katholischen Vereinigung.

Italien.

Die Abschaffung des Getreidezolls und die Aufhebung der Brotabgabe in den Gemeinden soll, wie es heißt, die Regierung beabsichtigen. In Calabrien fanden schwere Exzesse statt, weil die nollebenden Bauern die Teilung der Grundstücke der reichen Grundbesitzer forderten. Militär mußte die Ruhe wieder herstellen. Die Gärung dauert fort.

Der Boeren-Krieg.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegen nur wenig neue Nachrichten vor. Die von einigen Londoner Abendblätter gebrachte Meldung, Louis Botha habe sich dem General Ritzener ergeben, ist bisher nicht bestätigt. Das englische Kriegsamt läßt ausdrücklich erklären, daß es keinerlei Nachricht von einer Uebergabe Bothas habe. Auch De Wet befindet sich noch immer in der Kapkolonie und ist sogar schon wieder zur Offensive übergegangen. Der „Daily Telegraph“ meldet aus De Wet: De Wet und Verhog dringen gegen Colesberg vor. Ihre Front dehnt sich mehrere Kilometer aus. Sie führen zahlreiche Pferde mit sich. Oberst Thornhill dringt in westlicher Richtung vor, um ihnen den Weg zu verlegen. Nach Meldungen der Wälder aus Pretoria machte Smith-Dorrien östlich von Amsterdum 80 Gefangene und erbeutete eine große Menge Vieh, 60 Pferde und 40 Wagen. Auch French machte 50 Gefangene und erbeutete Vieh und Wagen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission

setzte in der Freitagssitzung die Beratung des Marine-Etats fort. Referent Müller-Hulba (C.) beantragte bei Kap. 6, Titel 4 statt 6 Millionen nur 3 800 000 M. zum Bau des Linienschiffs „Wittelsbach“ zu bewilligen. Nach Annahme dieses Antrags brachte der Referent dann die hohen Preise der Stahlpanzerplatten zur Erörterung. Dieselben seien im Vorjahre um 1/4 Millionen Mark gestiegen, alsdann sei ein Abfall von 20 Proz. eingetreten, der sich jetzt auf 30 Proz. gesteigert habe, so daß jetzt wieder Normalpreise vorhanden seien. Im Vergleich zu den Preisen der Panzerplatten in den Vorräten zahlte das Reich noch immer pro Tonne 420 M. = 20 Proz. mehr, was bei einem Panzerschiff 1200 000 M. betrage. Die jährliche Mehrausgabe für Panzerplatten betrage 8 1/2 Millionen, die Ausführung des Flottengesetzes ergebe danach eine Mehrausgabe für Panzerplatten von 6 1/2 Millionen Mark. Es sind also alle Behauptungen bestätigt, die bei der Beratung der Flottenvorlage über die hohen Preise der Panzerplatten gemacht wurden. In der darauf folgenden Debatte wurde allseitig erklärt, die Marineverwaltung müsse alle Mittel anwenden, um eine wesentliche Verbilligung der Panzerplatten zu erlangen. Eine vom Grafen Stolberg (L.) eingebrachte Resolution, den Reichsanwalt aufzufordern, die Gründung eines eignen Panzerwerks in Erwägung zu ziehen, wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Abg. Eichhoff (fr. Vg.) fragte an, wie die Marineverwaltung zu den Unterseebooten stehe. Staatssekretär v. Tirpitz entgegnete, es seien zwar in den letzten Jahren mehrfach Versuche gemacht worden, zu einem endgültigen Resultat sei man aber noch nicht gekommen.

Der Rest des Marine-Etats wird debattelos bewilligt.

Partei-Nachrichten.

Die 17. socialdemokratische Tageszeitung in Dänemark wird vom 1. März ab in Sønderborg erscheinen. Sie wird den Namen „Sønderborg Socialdemokrat“ führen.

Totenliste der Partei. In Rom ist nach längerer Krankheit der Genosse Adolf Lubnow. Der Verstorbene war nachher Redacteur verschiedener Partei-Organe, so des Braunschweiger Blatts, der „Leipziger Volkszeitung“ und zuletzt der „Münchener Post“. Wegen seines leidenden Zustands mußte er vor einigen Monaten seine Thätigkeit aufgeben und in seine Heimat zurückkehren, wo er nur bei seinen Eltern gestorben ist.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vereinbarungen in Berliner Baugewerbe. Um weiteren umgehenden Lösungswegen, welche den Ausbruch heftiger Kämpfe im Baugewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als unmittelbar bevorstehend hinstellen und daher Vermeidung in den beteiligten Kreisen hervorzuheben geeignet sind, vorzulegen, ernannte die Schlichter-Kommission für das Baugewerbe, daß die Verhandlungen zur Feststellung der Arbeitsbedingungen für die Zeit vom 1. April 1901 ab noch gar nicht beendet sind und sowohl seitens der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer-Vertreter die feste Hoffnung gehegt wird, daß bei weiterem gegenseitigen Entgegenkommen die friedliche Regelung des zukünftigen gewerblichen Arbeitsverhältnisses hergestellt und ein Streik vermieden werden wird. Die Gerüchte von Einführung einer neuen

Arbeitsordnung sind durch die Erklärung der Arbeitgeber-Vertreter widerlegt, daß der Verband der Baugeschäfte mit dieser Einrichtung der Berliner Innung nichts zu thun hat und daß der Verband nur für unbedingte Anerkennung der zur Zeit noch geltenden Arbeitsbedingungen eintritt.

Zur Lohnbewegung in den mechanischen Schuhwarenfabriken. Im Laufe der Bewegung ist es in der Filzschuhfabrik von Schlein u. Panisch, Reibelsstr. 39, zur Arbeitsniederlegung gekommen. Zu ernstlichen Differenzen scheint es auch in der Filzschuhfabrik von Rosenbergs an der Stadtbahn 41 zu kommen. Diese Firma verhält sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber anscheinend sehr ablehnend. Da durch die „Volks-Zeitung“ bereits Arbeitskräfte gesucht werden, scheinen Entlassungen für heute in Aussicht genommen zu sein. Wir erlauben deshalb nach beiden Fabriken den Bezug fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Keine Mitteilungen.

Mit der Frage der Organisation beschäftigten sich im Lauf dieser Woche mehrere Versammlungen. Die Möbelpolierer lebten nach einem Referat Katers und dem Korreferat von Schulz I eine Resolution ab, welche den Austritt der Organisation aus der Geschäfts-Kommission der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften verlangt. — Die Stad- und Schirmarbeiter wählen nach einer Diskussion über den Rauver-Streik in Halle eine Kommission aus vier Angehörigen der lokalen und vier Angehörigen der centralen Richtung, welche mit dem Vorstand die Frage der Organisation beraten soll. Das Resultat der Beratung soll einer General-Versammlung vorgelegt werden und als Grundlage für eine Abstimmung über die Form der Organisation dienen.

Deutsches Reich.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Eine der erfreulichsten Erscheinungen unter den christlichen Gewerkschaftsführern ist der Hauptvorsitzende des christlichen Metallarbeiter-Verbands, Herr Franz Wieber in Duisburg. Als er kürzlich in Köln in öffentlicher Versammlung eine Rede über die wirtschaftlichen Krisen hielt, da schrieb unser dortiges Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“: „Es ist unbegreiflich, wie man diesen Mann an die Spitze eines gewerkschaftlichen Verbands stellen konnte. Wir müssen gestehen, daß wir selten so wertvolle, unverfälschte und zum Teil ganz unsinnige Ausführungen gehört haben.“ Als der Gesamtausschuss der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Köln gegen die bekannte bischöfliche Kundgebung Stellung genommen hatte, da veranlaßte Herr Wieber den Vorstand seines Verbands, in dem „Christlichen Metallarbeiter“ eine Erklärung abzugeben, wonach man den Beschluß des Gesamtvorstands nicht anerkenne. Auch sonst ist dieser Mann vielfach die Ursache von Streitigkeiten unter den christlichen Führern gewesen. Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiter-Verbands, Herr Deuß, mit dem er besonders hart aneinander geriet, belegte ihn mit sehr wenig schmeichelhaften Titeln und erklärte schließlich im christlichen „Vergnügen“, den christlichen Metallarbeiter-Verband nur bedauern zu können, da dieser sich einen solchen Vertreter im Gesamtausschuss bestellt habe; übrigens sei er fertig mit dem Herrn, den er nicht mehr ernst nehme.

Dieser Tage hielt nun der genannte Ausschuss in Köln wieder eine Sitzung ab, um eine Verlesung des Streits zu veruchen. Herr Wieber hatte sämtliche Mitglieder den Vorschlag gemacht: sie hätten die positiven christlichen Grundsätze in ihren Verbänden preisgegeben und gegen ihre eigene Ueberzeugung für die Resolution gestimmt, die sich wider die bischöfliche Kundgebung richtet. Zu einer Ausföhrung kam es nicht, vielmehr beschloß der Ausschuss: aus den ganzen Verhandlungen habe sich ergeben, daß mit Herrn Wieber ein gezieltes Zusammenwirken im Ausschuss des Gesamtvorstands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wie bisher, so auch ferner nicht möglich sei; Herr Wieber sei also als ausgeschlossen zu betrachten; dagegen setze dem Metallarbeiter-Verband frei, ein andres Mitglied in den Ausschuss zu delegieren. Gegen die Resolution stimmte nur — Herr Wieber selber.

Ferner beschloß der Ausschuss, den Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiter-Verbands, Stegerwald in München, zum Redacteur des für die kleinen Gewerkschaften zu gründenden gemeinsamen Blattes zu ernennen. Die Redaktion des Centralorgans für den Gesamtvorband wurde dem katholischen Arbeitersekretär Sieberts in M.-Glöbadau angetragen.

Der dritte Kongress der christlichen Gewerkschaften findet Pfingsten in Aachen statt.

Mit Erfolg ist der Streik in der Jutespinnerei und Weberei der Webr. Sondernann in Freystadt (Nieder-Sachsen) beendet worden. Die Lohnreduktion ist jurdisgenommen. Der Streik hat außerdem das gute gehabt, daß sich eine größere Anzahl Textilarbeiter ihrem Verbands angegeschlossen haben.

Ausland.

Achtung, Metallarbeiter! Seit dem 8. Dezember v. J. sind in der Eisenbahn- und Wagenfabrik in Kefel bei Ralmö (Schweden) 147 Eisenarbeiter ausgeperrt. Wie uns berichtet wird, entsetzt jetzt die Firma Köffel den Ingenieur Ohlsson nach Deutschland, um Streikbrecher anzuwerben. Die deutschen Metallarbeiter werden es als ihre Pflicht halten, diesen Werbungen kein Gehör zu schenken.

Der Streik der Hafenarbeiter von Marseille nimmt weitere Ausdehnung an, nachdem sich auch das französische Syndikat angegeschlossen hat. Zunächst war nur der „Internationale Verband“, bestehend aus französischen und ausländischen, namentlich italienischen Arbeitern, beteiligt. Die Ursache des Konflikts ist der Umstand, daß die Vorarbeiter in letzter Zeit vielfach ausländische Arbeiter einstellen bezw. solche nicht einstellen. Die Direktion, bei der die Arbeiter vorstellig wurden, lehnte es ab, die Beschwerden der Arbeiter zu berücksichtigen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 6000. Der socialistische Bürgermeister von Marseille erklärte in einer Ansprache an die Abordnung der ausländischen Hafenarbeiter, daß er ihre Forderungen unterstützen werde. Mehrere Schiffsgesellschaften haben ihre auf der Fahrt befindlichen Schiffe telegraphisch angewiesen, den Hafen von Marseille nicht anzulassen. Ein englischer Dampfer, der 4000 Ballen Seide an Bord hat, hat den Auftrag erhalten, nicht Marseille, sondern Genua anzulassen.

Sociales.

Eine Arbeitslosenversammlung in Leipzig. die die Räume des Pantheons überfüllte, nahm folgende Resolution an:

Die heute im Pantheon tagende Arbeitslosenversammlung erblickt in der Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Um diesen Zuständen einigermaßen zu steuern, fordert die Versammlung von Staat und Gemeinde Hilfe. Die Versammelten ersuchen den Rat der Stadt Leipzig, so lange die Arbeitslosigkeit dauert Kostlosarbeiten in Angriff zu nehmen. Um dieses dem Rat der Stadt Leipzig zu unterbreiten, wählt die heutige Versammlung eine Deputation.

Die aus 5 Personen bestehende Kommission hat sich bereits ihrer Mission, jedoch vergebens zu entledigen versucht. Der Oberbürgermeister Dr. Tröndlin ließ sich nicht sprechen; er ließ der Deputation sagen, daß sie ihr Anliegen schriftlich vorbringen solle. Von sehr viel Arbeiterfreundlichkeit zeugt das Verhalten dieses Herrn nicht.

Der Münchener Magistrat hat auf die Anfrage der socialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten hinsichtlich der Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit befriedigende Erklärungen abgegeben. Er hat die Vornahme umfangreicher Straßenbauten zugesagt und auch mitgeteilt, daß das städtische Arbeitsamt eine Zählung der Arbeitslosen vornimmt.

Zur Unfallsfrage liegt ein bemerkenswerter Beschluß des Gemeinderats in 287, a u bei Dresden vor. In der dortigen Ge-

Nach den Meheleien der Scharfrichter.

Die Mächte bezogen Vertreter in Peking entdecken täglich neue "Schuldige" und verlangen, daß deren Köpfe dem Scharfrichter zum Opfer fallen. Aus Shanghai wird berichtet: Die chinesischen Blätter veröffentlichen zwei weitere Listen von Beamten, deren Bestrafung die Mächte verlangen. Unter denselben befindet sich auch Lou Tschouan-Liu, Mitglied des Großen Rats. Weiter wird berichtet, Herzog Lan sei verhaftet worden und erwarte seine Bestrafung. Prinz Tuan soll sich immer noch auf freiem Fuß befinden. Dagegen meldet die Daily News, einer Depesche aus Singapur zufolge sei Pächten am 22. Februar in Kantchau hingerichtet worden.

Deutschland in amerikanischer Beleuchtung.

Deutschland und die daselbst unterstühenden Mächte trieben nach amerikanischer Ansicht die Chinesen durch ihre Forderungen zur Verzweiflung. Die letzte aufregende Forderung bezieht sich auf die Köpfe gewisser Provinzbeamten, was der amerikanischen Regierung als eine Verletzung der Friedensbedingungen erscheint. Mac Kintick hat dagegen bereits protestiert und das Staatsdepartement hofft, dieser Protest werde die Unterstüßung Englands, Frankreichs und Russlands erhalten und dann unnütze Grausamkeiten verhindern. Wenigstens dreimal widerstand Amerika den Anregungen Deutschlands und führte eine Aenderung oder das Aufgeben extremer Maßregeln herbei.

Verlin, 1. März. (W. Z. V.) Generalfeldmarschall Graf Waldersee meldet am 28. Februar aus Peking: Veritene Infanterie aus Tientsin hat am 25. Februar bei Huitatichang 20 Kilometer südöstlich Jungtsinghsien Zusammenstoß mit Räuberbande gehabt, die nach Verlust von etwa 100 Mann zerprengt wurde; diesseits 2 Verwundete.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ein unbehagener Zwischenfall.

Budapest, 1. März. (W. Z. V.) Während der heutigen Parlaments-Sitzung warfen zwei auf der Galerie befindliche sozialistische Arbeiter Flugchriften unter die Abgeordneten, in welchen dieselben aufgefordert werden, sich des arbeitslosen Volks anzunehmen. Die beiden Sozialisten wurden auf Befehl des Präsidenten verhaftet.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 1. März. (W. Z. V.) Gevaes (Soc.) interpelliert über die Einmischung des Klerus in die Wahlkämpfe. Redner führt Klage über das Verhalten des Bischofs von Grenoble bei den Gemeindevahlen.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erwidert, niemand könne mit der Einmischung der Bischöfe in die politischen Kämpfe einverstanden sein; deshalb habe er dem Bischof von Grenoble einen Tadel ausgesprochen. Für den Klerus gebe es nur eine Politik, das sei die, keine Politik zu treiben. (Beifall.) Darauf nimmt die Kammer die von der Regierung genehmigte einfache Tagesordnung an.

Von den Ausständen in Frankreich.

Marseille, 1. März. (W. Z. V.) Die Matrosen und Hetzer haben sich nunmehr dem Hafenarbeiter-Ausstand angeschlossen. Die Ausständigen durchziehen die Straßen unter Abfingern revolutionärer Rieder. Der sozialistische Bürgermeister von Marseille erklärte, er sei von ganzem Herzen den Ausständigen zugethan, rate ihnen aber, von dem allgemeinen Ausstand augenblicklich Abstand zu nehmen. In Montceau-les-Mines ist die Lage unverändert. Der Direktor des reaktionären Blatts "Liberté" hat den nichtsozialistischen Ausständigen bereits 20 000 Fr. von den gesammelten Geldern übergeben. Ein sozialistischer Redner erklärte in einer Versammlung, die Delegierten der Arbeiter, welche heute eine Zusammenkunft mit Waldeck-Rousseau haben, würden nicht bitten zu vermitteln, sondern ihn auffordern, die Truppen aus Montceau-les-Mines zurückzuführen und die Verhaftung der Gruben zu verfügen. Da sonst die Arbeiter den allgemeinen Ausstand über sämtliche Gruben Frankreichs proklamieren würden.

Englisches Unterhaus.

London, 1. März. (W. Z. V.) Norman fragt an, ob die Regierung offiziell davon Kenntnis habe, daß deutsche Behörden in China chinesische Lokalbehörden zur Vergabe von Geldgezuungen haben, ohne zuvor die Vertreter der andern Mächte zu befragen.

Unterstaatssekretär Lord Cranborne erwidert, wie er höre, seien von deutschen Militärbehörden in gewissen Fällen Geldstrafen verhängt worden, aber die Verhängung von Geldbußen seitens militärischer Expeditionen in Nordchina liege innerhalb der Befugnis des Oberkommandierenden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilt Lord Cranborne mit, daß die Entschädigungsansprüche britischer Staatsangehöriger für Verluste, die während der Unruhen auf den Samoa-Inseln erlitten sind, noch nicht geregelt worden seien. Die britische Regierung stehe in Unterhandlung mit der deutschen bezüglich derjenigen Entschädigungsforderungen, die nicht durch die militärischen Operationen veranlaßt sind.

Boerenzug.

Brüssel, 1. März. (W. Z. V.) Der "Petit Bleu" erhält nachstehende Depesche aus Utrecht: In der Umgebung des Präsidenten Kräger glaubt man nicht an die Uebergabe von Vois. Man bemerkt übrigens, daß eine solche Uebergabe noch nicht dem Kriege ein Ende machen würde, denn Vois besitze nicht die Befugnis, über eine allgemeine Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Solche Verhandlungen kämen der Regierung von Transvaal zu, an deren Spitze provisorisch Schalk Burger stehe.

Bochum, 1. März. (W. Z. V.) Auf der Feste „Hoffnungsthal“ bei Gattlingen a. d. Ruhr ereignete sich heute ein schweres Grubenunglück. Beim Abtaufen eines Schachtes wurden bei den vorgenommenen Sprengarbeiten drei Personen getödtet, vier erhielten Verletzungen, von denen drei schwerer Natur sind.

Vredensheid bei Gattlingen, 1. März. (W. Z. V.) Von den gestern nachmittag bei dem Grubenunglück im Schacht 2 der Feste „Hoffnungsthal“ schwer verwundeten Bergleuten ist einer gestorben. Sämtliche Verunglückten sind Italiener. Das Unglück ereignete sich beim Nachbohren eines scheinbar abgetriebenen Schachtes.

Budapest, 1. März. (W. Z. V.) Die „Magyar Ország“ meldet, griffen gestern in der Ortschaft Kemet (Komitat Koronfal) als die verkauften Gemeindegüter dem Käufer übergeben werden sollten, die Kleinbauern die Kommission mit Eisen und eisernen Gabeln an. Bei dem Zusammenstoß wurden drei von ihnen schwer, zwölf leichter verwundet. Gendarmerte besetzte die Ortschaft.

Paris, 1. März. (W. Z. V.) Der Plan für die Vernahme neuer großer Arbeiten, welchen der Arbeitsminister Vaubin demnächst der Deputiertenkammer unterbreiten wird, betrifft, wie die Blätter melden, eine Reihe Kanalbauten, sowie Verbesserungen in den Häfen Marseille, Bordeaux, Havre, Rouen und Dünkirchen. Unter andern soll ein Kanal zwischen Schelde und Raas, ferner der sogenannte Nordkanal und der Chierskanal gebaut werden. Die 610 Millionen betragenden Kosten sollen aus dem ordentlichen Budget gestrichen und auf 16 Jahre verteilt werden.

Toulon, 1. März. (W. Z. V.) Grobes Kuffchen eregt hier die Entdeckung zweier Granaten, die noch mit Melinit gefüllt waren und unter Geßtripp gefast worden wurden. Durch die Explosion derselben wäre eine große Katastrophe verursacht worden. Man kann sich nicht erklären, auf welche Weise die beiden Granaten aus dem Arsenal abhanden gekommen sein können.

gemeinde besteht die Umsatzsteuer, zu deren Einführung in Sachsen die Gemeinden für berechtigt erklärt worden sind, seit etwa 2 1/2 Jahren. Sie beträgt 2 Proz. vom Umsatz und soll für dieses Steuerjahr 33 000 M. einbringen, wozu der Konsumverein allein 16 000 M. beizutragen hätte. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beantragten, wie schon einmal erfolglos, die Aufhebung dieser Steuer. Diesmal nahm die Sache eine andre Wendung. Auf die eingehenden Darlegungen der Antragsteller wurde schließlich abseitig zugegeben, daß die Steuer dem Konsumverein gegenüber durchaus ungerecht sei und vielsach wurde auch zugegeben, daß die erwarteten Wirkungen auf den Mittelstand ausgeblieben sind. Man konnte sich aber in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde nicht zu einer sofortigen gänzlichen Aufhebung der Steuer entschließen, einigte sich jedoch schließlich dahin, zunächst die Hälfte der Steuer fallen zu lassen. Es wird demnach für dieses Jahr nur 1 Prozent des Umsatzes als Steuer erhoben und es ist zu erwarten, daß es den Arbeitervertretern gelingt, bald auch den Rest der ungerechtesten aller Steuern zu beseitigen.

Aus der Frauenbewegung.

Heber die Frauenarbeit im Verg. und Sittenswesen Deutschlands bringt die Deutsche Verg. und Sittensarbeiter-„Zeitung“ einige wertvolle Zusammenstellungen. Danach wurden im Jahre 1899 beschäftigt: Im Steintohlenbergbau 4828 Arbeiterinnen, Braunkohlen 1136, Steinsalz und Kali 22, Eisenerz 1436, Zinkerz 2432, Bleierz 354, Kobalt und Nickel 28, Wanganerz 3, Rohweihobäuten 803, Zinnsulfid 1667, Bleisulfid 24, Säuren 90, Eisenerz 699, Schwefel- und Flußsäuren 1237. Und die Zahl der in diesen für Frauen durchaus ungeeigneten Industriezweigen Beschäftigten ist jetzt zum Teil erheblich höher wie 1896. Die erhebliche Mehrzahl dieser Frauen wird in Oberschlesien beschäftigt. Die Bezahlung für die schwere und gesundheitschädliche Arbeit ist geradezu lächerlich. Nach den Berichten des ober-schlesischen Unternehmervereins schwankten die Löhne der Frauen 1899 zwischen 233 M. und 366 M. Bei solchen Schandlöhnen versteht man die Sehnsucht der Unternehmer nach der Frauenarbeit.

Heber die Behandlung der Frauen in bürgerlichen Wähler-versammlungen schreibt ein Mitglied des Vereins „Frauenwohl“ im „Hamburgischen Korrespondent“: „Nach in diesem Jahre war die Wahlbeteiligung bei den Bürgerlichswahlen eine so rege wie in diesem, und das Interesse dafür hatte auch die Frauen ergriffen. Sie sind Steuerzahler wie die Männer, und es kann ihnen ganz und gar nicht gleichgültig sein, wer über das Wohl und Wehe ihrer Vaterstadt zu entscheiden hat. Frauen wollten die Wahlversammlungen besuchen, um zu hören, was die Herren Kandidaten zu sagen hatten. In die sozialdemokratischen Versammlungen erhielten wir Frauen ohne Schwierigkeiten Einlaß und konnten an die Kandidaten nach Belieben Fragen stellen. Waren diese auch nicht immer befriedigend, so waren wir zufrieden gewesen, wenn es uns bei den übrigen Parteien ebenso ergangen wäre. Die Wahlversammlungen der übrigen Parteien der Bürgerschaft sind bekannterweise nur gegen Einlaßkarten zu besuchen; trotzdem gelang es uns endlich, ohne Karte in eine derselben einzudringen, und zwar — weil wir Damen waren“. Offenbar amüsierte es die Herren, Damen in einer Wahlversammlung zu sehen. Das war gerade für erst denkende Frauen keine Schmeichelei, aber wir schludern die bittere Bille mit lächelnder Miene hinunter. Die Männer müssen es eben noch lernen, uns Frauen ernst zu nehmen; an dem Abend aber galt es für uns, Einlaß zu finden, gleichviel um welchen Preis. Wir hatten wichtige Fragen an die Herren Kandidaten zu richten, sociale Reformen und die Frauenfrage betreffend. Wir waren bereit, diejenigen Männer, die unsre Forderungen vertreten würden, bei der Kandidatur nach Möglichkeit zu unterstützen; es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß Männer ihre Wahl den Frauen verdankten. Aber bis zum Fragenstellen an die Kandidaten sollten wir nicht kommen, denn der Vorsitzende verzweigte auf eine Anfrage hin den Frauen das Wort.“

Werden die bürgerlichen Frauen Hamburgs daraus die Konsequenzen ziehen?

Geriichts-Beitrag.

Die umfangreichen Unterschlagungen des Geldbriesträgers Hugo Hermann Gustav Schwarz, dessen Blucht seiner Zeit die Kriminalpolizei so lange in Atem gehalten hat, beschäftigten gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Bogtz. Schwarz war zwölf Jahre hindurch bei der Reichspost thätig, seit acht Jahren war er fest angeheft, seit über drei Jahren war er bei dem Haupt-Postamt in der Spandauerstraße als Geldbriesträger beschäftigt. Sein Verfall begann umfänglich in der verkehrreichsten Gasse der Cith, er hatte täglich vier Betschlänge zu machen und bei jedem Gange 3000 bis 7000 M. auf Postanweisungen auszugeben. Er hatte nach Erledigung eines jeden Betschlanges nach dem Amte zurückzukehren und dort abzurechnen. Er mußte die quittierten Anweisungen dem diensthabenden Sekretär vorlegen, ebenso die unquittierten mit den darauf verzeichneten Beträgen, welche bei dem nächsten Betschlang zur Erledigung kommen mußten. Die quittierten Anweisungen werden einer Prüfung bezüglich der Unterzeichneten unterworfen, letztere sind dem diensthabenden Sekretär zumeist bekannt. Seit dem 7. September 1899 war für einen auf Urlaub befindlichen Sekretär ein Kollege zur Anshilfe eingestellt worden, und diesen Umstand benutzte Schwarz, um am 8. und 9. September in 51 Fällen Unterschlagungen an Postanweisungsgeldern im Gesamtbetrage von etwa 130 000 M. zu begehen. Da er die Personen der Empfänger und die Unterzeichneten derselben genau kannte, so gelang es ihm am Sonnabend, den 9. September, unbeachtet mit Hilfe der gefälschten Quittungen abzurechnen. Am Sonntag in aller Frühe verließ er mit dem veruntreuten Gelde seine Wohnung, angeblich um einen Kollegen zu besuchen, er kehrte aber nicht zurück. Als er am Montag nicht zu Hause erschien, begab sich seine Ehefrau auf das Postamt, um sich nach dem Verbleib ihres Mannes zu erkundigen, erst hierdurch wurde man im Amt mitrountsch. man prüfte noch einmal die Quittungen und konnte nun die Fälschungen feststellen. Die Kriminalpolizei setzte sofort alle Maßnahmen von dem Signalement des Schwarz in Kenntnis, es gelang aber nicht, des Flüchtlings habhaft zu werden, da dieser einen zu großen Vorsprung hatte. Schwarz war nach London entkommen und hat dort ein ganzes Jahr gelebt, bis es im Oktober d. J. gelang, ihn daselbst zu verhaften. Nach langwierigen diplomatischen Verhandlungen wurde er ausgeliefert und sitzt seit etwa zwei Monaten im hiesigen Untersuchungsgefängnis. Im gestrigen Termin war er im vollen Umfange geständig. Er gab zu seiner Entschuldigung an, daß er in schlechter Vermögenslage gelebt, die sich noch verschlechtert habe, als er eine vermögenslose Frau heiratete. Dazu sei gekommen, daß der anstrengende Dienst ihn nervös gemacht und in die Lage gedrückt habe, entstandene Fehlbeträge aus eigener Tasche decken zu müssen. Schließlich sei auch noch eine Krankheit der Frau hinzugegetreten, er habe den Kopf verloren und sich zu den Veruntreuungen verleiten lassen. Der Gerichtshof erkannte auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Ein Wurst- und Schinkenregen, der sich am Nachmittage des 1. Dezember v. J. über einen Teil der Schiefhände in der Hafenheide ergoß, erregte bei der dortigen Wachmannschaft begriffliche Ueberraschung und Freude. Als der Grenadier Drehmer die Meldung machte, daß er jedoch auf seinem Patrouillengange einen Fied von mehreren Quadratruten gefunden habe, der mit Würsten und kleinen Schinken förmlich besetzt gewesen sei, stürzte alles hinaus nach der angegebenen Stelle, um des lieblichen Anblicks teilhaftig zu werden. Und es entsprach wirklich der Wahrheit! Der Grenadier Drehmer hatte erklärt, daß er sämtliche Würste und Schinken zusammen gesucht und

sein säuberlich auf einen Haufen zusammengetragen habe. Dieser lag noch da, aber inzwischen hatte sich ein neuer Segen über den Hafenheide ergoßen. Der Unteroffizier sah sich prüfend um und hatte bald das Rätsel gelöst. Einige Schritte von dem geeigneten Platze entfernt befand sich die Hinterwand eines kleinen Gebäudes, in welchem der Wurstfabrikant Jbold seine Warenvorräte aufbewahrte. In der Giebelwand des Gebäudes befand sich eine einzige Oeffnung, die des Luftzugs wegen angebracht war. Durch diese Oeffnung mußten die Würste und Schinken hinausgeworfen worden sein. Der Unteroffizier hatte recht, wie die Ermittlungen ergaben. Auf dem Boden des Jbold'schen Warenhauses war zur fraglichen Zeit der Schlichterleule Oswald Buße mit Boden beschäftigt gewesen und auf ihn lenkte sich der Verdacht der Thätigkeit. Da ihm tags zuvor gekündigt worden war, so wurde angenommen, daß er die Waren hinausgeworfen hatte, um sie am Abend nach Ueberreifen des Baus herauszuholen. Buße stand gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts. Er leugnete entziehen und behauptete, daß zu der fraglichen Zeit noch andre Personen Zutritt zu dem Bodenraum gehabt hätten. Da dies durch die Beweisaufnahme bestätigt wurde, so konnte der Angeklagte nicht überführt, sondern mußte freigesprochen werden.

Das Reichsgericht erkannte gestern in der Revision-Verhandlung des Prozesses gegen den Grafen Pückler auf Verwertung der Revision der Staatsanwaltschaft und Bestätigung des freisprechenden Urteils des Berliner Landgerichts vom 26. Oktober 1900.

Versammlungen.

Die jüngsten Judentebatten im Abgeordnetenhaus beschäftigten eine am Donnerstagabend im Festsaale der Gesellschaft der Freunde (Postdammerstraße 9) stattgehabte Versammlung des „Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Der große Saal war von Damen und Herren Kopf an Kopf gefüllt. Der Vorsitzende des Abends, Rechtsanwalt Dr. Eugen Buchs, kam auf die jüngsten Judentebatten im Abgeordnetenhaus zurück und empfahl schließlich folgende Resolution: „Die im Fremdenhaale versammelten jüdischen Bürger Berlins legen Verwahrung ein gegen die aus den Reden des preussischen Justizministers vom 31. Januar, 8. und 9. Februar 1901 ersichtlichen Verwaltungsgrundzüge, welche mit aller Deutlichkeit ergeben, daß unsere Glaubensgenossen wegen ihrer Religion die Gleichberechtigung im preussischen Staatsdienst nicht genießen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, der Reichsminister und Ministerpräsident werde nicht dulden, daß die durch Reichsgesetz und Verfassung gewährleisteten Rechte der Juden ihrer Religion wegen verkleinert werden. (Beifälliger Beifall.) — Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Horwitz bemerkte: Es sei höchst bedauerlich, daß die oberste Hüterin der Verfassung, das Parlament, ruhig zusehe, wie die Verfassung ins Wanken gerate und verletzt werde. Damit sage das Parlament den Akt ab, auf dem es sitze. (Beifall.) Die Nationalliberalen dürften bei der nächsten Wahl von diesem Akt herabfallen. Vereideter Wähler Hoffstedt hob hervor, daß die Juden selbst von der Subaltern-Carriere ausgeschlossen seien. Wenn es den Juden möglich wäre, den Civilversorgungsdienst zu erlangen, so daß sie Briefträger, Schulleute, Geheime Kalkulatoren usw. werden könnten, dann stände es um das jüdische Proletariat weniger schlimm. Der Redner tabelte es im weiteren, daß die Versammlung am 10. Februar keine öffentliche Volksversammlung war und daß die jüdischen Handelsrichter aus Anlaß der Erklärung des Justizministers nicht ihr Amt niedergelegt hätten. Rechtsanwalt Dr. Horwitz: Er habe auf Anträge dringender widerstanden, daß die jüdischen Handelsrichter ihr Ehrenamt niederlegen, damit hätte man nur den Antisemitismus einen Gefallen erwiesen. Eine Volksversammlung in gewissem Sinne des Wortes sei sowohl die Versammlung vom 10. Februar gewesen, als auch die heutige, denn beide waren bezw. seien überfällig. Es galt, schnell zu handeln, und deshalb konnte man nicht wochenlang auf Massenproteste warten, sondern die jüdischen Gemeinden, die die Gesamtheit der deutschen Juden vertreten, mußten schleunigst vorgehen. (Beifall.) — Nach noch kurzen Ausführungen gelangte die beantragte Erklärung einstimmig zur Annahme.

Die Lohnbewegung der Barbier- und Friseurgehilfen wurde in einer von etwa 500 Personen besuchten Versammlung in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag erörtert. Die Selbständigen aller Korporationen waren besonders eingeladen, aber nur zum Teil von der „Freien Vereinigung“ erschienen. Im „Berliner Tageblatt“ war durch eine häßliche Notiz bereits auf diese Versammlung und die damit zu erzielende, aber „ausichtslose“ Lohnbewegung der „wildem“ Gefellen hingewiesen worden, um die Gehilfen einzuschüchtern. Kaiser erstattete namens der in der letzten Versammlung gewählten Lohnkommission Bericht über die von derselben aufgestellten Forderungen. Das an die Selbständigen der Berliner und Charlottenburger Innungen gerichtete Ersuchen zu gemeinsamen Verhandlungen wurde bisher ablehnend beschieden; nur die „Freie Vereinigung“ hat sich entgegenkommend gezeigt. Redner verliest und erläutert die einzelnen Punkte der aufgestellten Forderungen, zu denen namentlich die gänzliche Vereitigung der Trinkelder zu rechnen ist. Der für den 15. März geplanten Freierhöhung der Selbständigen soll am 1. April d. J. die Lohnerhöhung der Gehilfen folgen. Dieselben verlangen: 12 M. bei voller und 15 M. bei halber Kost und Logis; 22 M. ohne dieselbe; 25 M. ohne und 16 M. mit Kost und Logis bei Anshilfe für die ganze Woche; 8 M. mit Kost bei Anshilfe am Sonnabend und Sonntag; 5 M. ohne und 3,50 M. mit Kost und Logis bei Anshilfe an einem Wochentage, 2 M. mit Kost und Logis für Anshilfe an einem halben Tage, Entschädigung für Rationalien an allen arbeitsfreien sowie an Sonn- und Feiertagen, Einführung einer geregelten Arbeitszeit von morgens 7 bis abends 9 Uhr bei einstufiger Mittagspause; Sonn- und Feiertags bis mittags 2 Uhr, Beseitigung der gesundheitswidrigen Schlafstellen, Anerkennung der Organisation und des paritätischen Arbeitsschutzes. Die Versammlung nahm diese Forderungen mit lebhaftem Beifall entgegen. Ein Redner erwartet, daß nicht nur die Berliner Gewerkschaftskommission, sondern auch die gesamte Berliner Arbeitererschaft diese Forderungen unterstüßen werde. Einige Prinzipale finden die Forderungen etwas zu hoch und wünschen, daß die Gehilfen der Organisation auch die von den Innungen für die Forderungen gewinnen werden. Auch sollen die Selbständigen der Innungen veranlaßt werden, sich an den Verhandlungen der Kommissionen zu beteiligen, wie es die „Freie Vereinigung“ bereits gethan. Die namentlich von Herrn Wollschläger und seinen Freunden beliebte Lehrjahrszahlerei soll ebenfalls bekämpft werden, denn 800 Lehrlinge bei 1200 Gehilfen sei kein geundes Verhältnis. In Arbeitergegenden müßten alle diejenigen Prinzipale, welche sich gegen den Kennzettel-Lohnschutz und die Arbeiterforderungen sträuben, im „Vorwärts“ bekannt gemacht werden! Deichsel, Kaiser u. a. widerlegen unter großem Beifall der Versammlung die von einzelnen Selbständigen erhobenen Einwände, und fordern alle Barbiergehilfen Berlins und Umgegend zur Einigkeit, sowie die Arbeitererschaft zur Unterstüßung der gerechten Forderungen auf. Durch eine einstimmig angenommene Resolution erklärte die Versammlung sich mit den obigen Forderungen einverstanden und beauftragt die Kommission, dieselben den Selbständigen aller Korporationen zur Annahme zu unterbreiten und in einer demnächst stattfindenden Versammlung darüber zu berichten. Mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. März, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegasse, Kleine Franzfurterstraße. Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls, Vortrag des Herrn Bölske: Wo ist der Mensch entstanden. Wort und Musikspiel auf dem Pariser Musikharmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstag. Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Nügen. Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, bei H. Womann, Schönhauser Allee 135: Vereinskündigung. Bildungsverein „Neuer Licht“. Versammlung am Sonntag, den 3. März, Luisenpark, Dresdenstraße, Eingang Ludowikstraße, oberer Saal.

Reichstag.

59. Sitzung vom Freitag, den 1. März 1901, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratstische: v. Gohler. Die zweite Beratung des Militäretats

wird fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit dem Kapitel

Pferdebeschaffung, Titel Ankauf der Remontepferde.

Abg. Dr. Sahn (D. d. L.)

Begrüßt die Erhöhung des Remonte-Durchschnittspreises von 870 auf 900 M. Leider werden noch immer viel zu viel Pferde von Händlern anstatt von Züchtern direkt gekauft. Man sollte den Ankaufskommissionen von Seiten der Militärverwaltung Direktiven dahin geben, daß sie nur von den Züchtern kaufen.

Abg. Hoffmann-Hall (Südd. Wp.):

Die Rentabilität bei der Zucht von Warmblutpferden ist eine sehr fragliche. Der ganze Unterschied zwischen sogenannten warmblütigen und kaltblütigen Pferden ist ganz willkürlich. Die sogenannten kaltblütigen Pferde sind nicht im geringsten weniger leistungsfähig wie die warmblütigen. Gegenwärtig zahlen wir enorme Summen an das Ausland, während unsere einheimischen kaltblütigen Pferde durchaus brauchbar wären.

Abg. Graf Altkowitsch (L.):

Die Militärverwaltung hat vor allem das Interesse der Armee zu wahren und diese braucht nach allen bisherigen Erfahrungen die edlen warmblütigen Pferde. Die Zucht dieser warmblütigen Pferde sollte deshalb besonders in Ostpreußen ausschließlich gepflegt werden.

Kriegsminister v. Gohler:

Die Frage ist eine sehr wichtige. Die Heeresverwaltung muß großes Gewicht auf eine rationelle Zucht brauchbarer Pferde für die Kavallerie und Artillerie legen. Infolge des Rückgangs der Aufzucht warmblütiger Pferde in Ostpreußen ist ein Anfall an brauchbaren Pferden von 12000 gegenüber den Ergebnissen von 1897 zu verzeichnen. Die Erhöhung des Remontepreises war daher zur Förderung der Zucht dringend notwendig.

Der Titel und das Kapitel werden bewilligt.

Militärbildungswesen.

Abg. Eichhoff (fr. Wp.):

In der Budgetkommission war man darüber einig, daß es sehr wünschenswert sei, daß die Aspiranten der Kadettenanstalt weitere Berechtigungen erhielten, als diese bis jetzt besitzen. Ich möchte diese Anregung auf das lebhafteste unterstützen. Es kommen oft Söhne von Offizieren und höheren Beamten in die Kadettenanstalten, weniger weil sie besondere Fähigkeiten zum Offiziersstande besitzen, als um den Eltern die Erziehung zu erleichtern. (Sehr richtig! links.) Später stellt sich dann aber oft heraus, daß die jungen Leute aus körperlichen oder sonstigen Gründen nicht zum Militärdienst taugen oder daß sie Neigung zu einem gelehrten Studium gewonnen haben. Es ist ihnen aber sehr erswerlich, einen solchen Beruf zu ergreifen, sie müssen daher auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortchreiten. Daher kommt es denn auch, daß ein großer Teil unserer heutigen Offiziere keine Berufspflichten mit Ungern erfüllen. Wir müssen alles thun, um es den jungen Leuten, die nicht Offiziere werden wollen, zu ermöglichen, einen andern Beruf einzuschlagen.

Kriegsminister v. Gohler: Gegenüber der Bemerkung des Herrn Vorredners, daß viele Leute den Kadetten-Anstalten überwiesen werden, um den Eltern die Erziehung zu erleichtern, mache ich darauf aufmerksam, daß von den Eltern auch oft Beiträge gefordert werden, die sich bis auf 1500 M. belaufen können. Das Bestreben, das Berechtigungen der Kadetten-Anstalten zu erweitern, ist in diesem Fortschreiten begriffen. Ich hoffe, daß dadurch einmal die Offiziere bessere Bildung erhalten und daß auch älteren Offizieren der Uebergang in einen andern Beruf erleichtert wird.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel

Artillerie und Waffenwesen

wünscht Abg. Dr. Vansche (nall.) größere Berücksichtigung der privaten Waffenfabriken. Eine leistungsfähige Waffenindustrie liegt für den Fall einer Mobilmachung durchaus im Interesse des Reichs.

Kriegsminister v. Gohler:

Ich bin verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Bestand der Arbeiter in den staatlichen Waffenfabriken erhalten bleibt. Um Entlassungen zu verhindern, muß ich also für möglichst gleichmäßige Beschäftigung dieser Fabriken sorgen. Was übrig bleibt, bin ich gern bereit, der Privatindustrie in Auftrag zu geben.

Abg. Rösche-Deßau (Widblid.):

Ich habe vor vier Jahren den Herrn Kriegsminister gebeten, um eine Aufstellung über die Lage der Arbeiter in den ihm unterstellten Betrieben zu geben. Er hat dieselbe zugesagt, sie ist uns aber noch nicht zugegangen. Ich gebe von der Voraussetzung aus, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, und daß die Arbeiter in ihnen mindestens so gestellt sein müssen, wie in den entsprechenden Privatbetrieben. Speziell möchte für die alten Invaliden-Arbeiter gesorgt werden.

Kriegsminister v. Gohler:

Ich habe die versprochene Statistik seiner Zeit aufgestellt und dem Reichstag des Innern seiner Zeit eingereicht; weshalb sie nicht veröffentlicht ist, weiß ich nicht. Ich nehme an, daß erst Uebereinstimmung mit den Angaben der Behörden erzielt werden muß. Weiserseits liegen keine prinzipiellen Einwände gegen eine solche Statistik vor, sie wird vielmehr fortgeführt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Technische Institute der Artillerie verlangt

Abg. Pauli-Potsdam (L.)

Aufbesserung der Konstruktions-Zeichner und Betriebschreiber in den Artilleriekonstruktionsbüros. Die Statistik, die Herr Rösche forderte, würde ich mit Freuden begrüssen. Dann würde man Genaueres über die Verhältnisse der Arbeiter in den Artillerie-Werkstätten z. B. in Spandau erfahren. Im vorigen Jahre erklärte Herr Generalleutnant von der Böck, die Arbeiter erhielten dort 3,75 und 4,25 M. Lohn. Gewiß, das sind die Accordarbeiter, die bis 6 M. verdienen. Von den anderen Arbeitern aber, die nur 2,50 M. verdienen, hat Herr v. d. Böck nicht gesprochen. Mit 2,50 M. kann aber ein Arbeiter mit Familie in Spandau unmöglich auskommen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Die Löhne sind doch fast überall gesunken, warum ist die Heeresverwaltung da nicht mitgegangen? Auch sonst kommen merkwürdige Dinge in Spandau vor. So ist ein Arbeiter, der 31 Jahre lang beschäftigt war und 10 Jahre lang als Meister, von dem Meisterposten abgeleitet worden, ohne daß ihm irgendwelche Gründe angegeben worden sind. Er behauptete, niemals bestraft worden zu sein. Auf seine Beschwerde hat er keine Antwort bekommen.

Abg. Jubell (Soe.):

Auch ich muß die Verhältnisse in den Artillerie-Werkstätten in Spandau wie im Vorjahr etwas näher beleuchten. Der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß die Löhne zum Teil dort 2,50 Mark betragen. Dabei steigen die Mieten in Spandau von Quartal zu Quartal. Die Lebensmittelpreise, die ja jetzt von der Regierung noch mehr verteuert werden sollen, gehen in die

Höhe, die Feuerungsmaterialien werden teurer, auch die Kommunal- und Steuerzuschläge sind in stetem Steigen begriffen. Sie sind von 180 Proz. im Jahre 1900 auf 200 Proz. für das Jahr 1901 gestiegen. Für Militarismus und Militarismus hat das Reich Millionen übrig; da sollte man doch meinen, daß vor allem diejenigen Arbeiter, die in den Staatswerkstätten beschäftigt sind, vor materieller Not geschützt werden. Auch wäre es durchaus billig, daß die Artillerie-Werkstätten zu den kommunalen Schullasten etwas beitragen. Die Väter von 75 Prozent der Gemeindefürsorge in Spandau sind in diesen Werkstätten beschäftigt. Trotzdem tragen diese Staatswerkstätten nicht einen Pfennig zu den Schullasten bei. Nun ist zur Regelung der Lohnverhältnisse eine ganz sonderbare Lohnordnung in Kraft getreten, die nicht etwa eine Verbesserung, sondern geradezu eine Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustande bedeutet. Es ist nicht richtig, daß wie Herr Pauli sagt, die Arbeiter im Accord 6 M. verdienen. Das war früher der Fall, ist aber nach der neuen Lohnordnung ausgeschlossen. Trotz der niedrigen Löhne müssen diese Arbeiter ganz besonders zuverlässig sein und sind vielfach in sehr lebensgefährlichen Betrieben beschäftigt. In einem Betriebe erhalten die Aufseher 8 und 4 M. pro Tag, während diejenigen, die die Arbeit zu verrichten haben, mit 1,50 M. entlohnt werden. Dabei zahlt die Stadtverwaltung sogar an ungelernete Arbeiter einen Mindestlohn von 3,50 M.

In diesen Staatswerkstätten erhalten die qualifizierten Arbeiter, Schlosser, Mechaniker im Zeitlohn 3,50 M. bis höchstens 4,30 M., im Stillslohn können sie bis 4,50 M. verdienen. Was darüber ist, wird ihnen unter allen Umständen gekürzt. Außerdem verlangt man von ihnen noch, daß sie keinem socialdemokratischen Verein beitreten dürfen und keine socialdemokratischen Versammlungen besuchen sollen, sie müssen in gutem Ansehen bei der Polizei in Spandau stehen und dürfen keine offenen Säufer sein. (Weiterleft.) Die Polizei spielt überhaupt eine fast unheimliche Rolle in Spandau. In zwei Fällen, wo sich Arbeiter zu den Artilleriewerkstätten meldeten, enthielt ihr Zeugnis den Vermerk der Polizeibehörde: „A gehört zur socialdemokratischen Partei.“ „B ist Mitglied eines socialdemokratischen Arbeitervereins.“

In einem Betriebe sind unter anderem zwei Arbeiter eingestellt, die zur persönlichen Verfügung des Meisters stehen, Gänge besorgen müssen, das Bureau zu reinigen haben usw. und mit den gelehrten Arbeitern also nichts zu thun haben. Sie erhalten aber gleichfalls den Durchschnittslohn der Kolonnenarbeiter. Als nun einmal die Kolonnenarbeiter zwei Tage feierten, während diese beiden Arbeiter die beiden Tage über beschäftigt waren, wurde ihnen trotzdem am Zahlungstage in gleichem Verhältnis wie den Kolonnenarbeitern der Lohn gekürzt. In den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben sollen die Arbeiter nach der neuen Lohnordnung einen Zuschlag von 10 Prozent erhalten. Diese Bestimmung sieht aber nur auf dem Papier, da die Stundenlöhne gekürzt sind. In einem solchen Betriebe, wo viel mit Blei hantiert wird, kam es vor, daß bei der Untersuchung eines verstorbenen Arbeiters sein ganzer Körper von Bleivergiftung durchsetzt war. Arbeiterauschüsse bestehen zwar in den Artilleriewerkstätten, aber bei Neuordnung der Lohnverhältnisse haben sie fast gar nichts zu sagen gehabt. Der Arbeiterauschuss wurde zum Direktor bestellt, es wurde ihm die neue Lohnordnung vorgelegt, und in drei Tagen mußte er dann 118 Paragraphen dieser Lohnordnung durchprüfen. Dadurch war ihm jede Gelegenheit, irgend welche Wünsche der Arbeiter, die seit langer Zeit gekündigt waren, zum Ausdruck zu bringen, genommen. 11 Mitglieder des Arbeiterauschusses legten darauf im Juni 1900 ihr Amt nieder, weil sie nicht als Strohmänner fungieren wollten. Dem neu gewählten Ausschuss wurden dann zwei Fragen vorgelegt. Erstens: Welche Arbeiter sind durch die neue Lohnordnung geschädigt? und zweitens: Werden in der Privatindustrie in ähnlichen Betrieben andere Löhne gezahlt? In der Beantwortung dieser Fragen hat der Arbeiterauschuss festgestellt, daß ein großer Teil der Arbeiter in der That durch die neue Lohnordnung geschädigt wurde, und daß zweitens in einem großen Teile der Privatindustrie in ähnlichen Betrieben bedeutend höhere Löhne gezahlt werden als in den Staatswerkstätten.

Das ist ja auch nicht zu verwundern, wenn aus der Mitte des Reichstags von der Militärverwaltung verlangt worden ist, sie möge unter keinen Umständen höhere Löhne zahlen als die Privatindustrie. Das hat sich die Militärverwaltung zu muge gemacht und hat ihre Arbeiter bedeutend schlechter gestellt als vorher. Als die Arbeiter sich nun noch einmal an die Direktion wandten, um eine Abänderung der Remordnung zu erreichen, wurde ihnen erklärt: vorläufig bleibt diese Lohnordnung in Kraft. Wenn sich die einzelnen Arbeiter an den Meister wenden, werden sie von diesem an die Direktion geschickt, und wenden sie sich an die Direktion, so verweist sie diese an die Meister. (Weiterleft.) Also wenn die Arbeiter höheren Lohn fordern, so werden sie überall abgewiesen.

Der Arbeiterauschuss verlangt wöchentliche Lohnzahlung alle Freitage, während heute der Lohn monatlich zweimal, einmal also nach drei Wochen und einmal nach 14 Tagen gezahlt wird. Die gesamten Beamten der militärischen Institute erhalten dagegen ihr Gehalt vorausbezahlt; warum sollen denn da die Arbeiter auf ihren wohlverdienten Lohn so lange warten! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber auch hier spielt die Polizei wieder eine große Rolle. Die Vorgesetzten wandten sich an die Polizei um Auskunft, was die Polizei zur wöchentlichen Lohnzahlung sagen würde. Die Antwort lautete, wenn diese eingeführt würde, so wäre das ein Unglück für Spandau, denn dann würden sich die Arbeiter alle Woche betrinken, jetzt käme das nur alle drei Wochen resp. 14 Tage vor. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man kann nicht sagen, daß das sehr schmeichelhaft für die Direktion der künftigen Werkstätten ist, wenn hier die Arbeiter, die doch längstrenn erzogen sind, von der Polizei als Säufer hingestellt werden.

Weiter fordern die Arbeiter, daß das Kolonnen-system, das sich auch schon in der Privatindustrie eingebürgert hat, abgeschafft wird. Bei diesem System nimmt sich der Kolonnenführer von vornherein 10 Prozent des Gesamtverdienstes der Kolonne weg und erst dann wird das übrige verteilt: das System ist durchaus ungerecht und seine Abschaffung wird auch von verschiedenen Meistern befristwortet. Jetzt fehlt den Arbeitern jedes Mittel der Kontrolle über die Säge, die die Kolonnenführer mit der Direktion abschließen.

Wenn der Arbeiterauschuss wirklich funktionieren soll, dann muß er mindestens alle Vierteljahr einmal zusammenberufen werden, um mit der Direktion über die Verhältnisse, die in einem so großen Betrieb sich einstellen, zu verhandeln. Gegenwärtig aber wird er höchstens einmal im Jahre einberufen, und zu sagen hat er überhaupt nicht viel.

Nun zu den Wohnverhältnissen. Die Ueberstände der Kontinentalkasse sollen zur Unterbringung hilfsbedürftiger Arbeiter, Witwen und Waisen benutzt werden. Gegen diese humane Anwendung haben wir nichts. Der Ausschuss sollte jedoch in erster Linie über die Hilfsbedürftigkeit entscheiden. Gegenwärtig wird willkürlich über die Gelder verfügt. Kolonnenführer, die 25 Jahre im Dienst sind, erhalten eine Prämie von 100 M., Arbeiter von 80 M. Im vorigen Jahre erhielt ein Kolonnenführer durch einen Irrtum der Verwaltung, da er als Arbeiter angeführt wurde, nur 80 M. Statt den Irrtum anzugeben, griff man in die Kontinentalkasse und ersetzte dem Kolonnenführer die fehlenden 20 M. Einem Verwaltungsbeamten wurden zu einem Urlaub 30 M. aus der Kontinentalkasse bewilligt, während ein hilfsbedürftiger Arbeiter, der sechs Wochen krank gewesen, dem das Kind gestorben, dessen Frau im Krankenhaus lag, keine Unterbringung erhielt, vermutlich weil das Geld fehlte.

Die Arbeiter klagen auch über die mangelnde Reinlichkeit. In der Artillerie-Werkstatt sind keine Wasserlosetts vorhanden, obwohl Spandau Wasserleitung hat. In den primitiven Aborten treiben die Ratten ihr Wesen, auf die jetzt überall

Jagd gemacht wird, da sie als Pestträger verdächtig sind. Nur wenn Inspektion bevorsteht, werden die Aborte gereinigt. Im Säurebetriebe müssen die Arbeiter die Anzüge wechseln. Ein neu Eintretender erhält aber den gebrauchten Anzug seines Vorgängers, auch wenn dieser an einer ansteckenden Krankheit gelitten hat. In der Geschloßfabrik wird geklagt über die ungesunde Luft, über den schlechten Zustand des Fußbodens, über zu enge Räume, die Unglücksfälle herbeiführen. Beim Ausbohren der Leubungs-geschosse entwickelt sich sehr viel Staub, und es fehlt an genügender Ventilation.

Die Arbeiter haben ein ungeheures Risiko zu tragen. Im August vorigen Jahres fand eine starke Explosion im Feuerwerks-Laboratorium statt, bei der mehrere Arbeiter zu Schaden kamen. Sie waren mit dem Pressen von Leuchtkörpern beschäftigt. Die Arbeiter behaupteten, daß die Reducierung der Löhne sie hindere, die nötige Aufmerksamkeit bei dieser gefährlichen Arbeit anzuwenden, und sie wundern sich nur, daß nicht mehr Unfälle passierten.

Eine besondere Stellung in militärischen Betrieben nehmen die Pulverarbeiter ein. Sie müssen beim Eintritt den Fahneide leisten, erhalten wie Beamte monatlich ihr Gehalt, haben eine Pensionmütze und erhalten Wohnungsgeldzuschuß und Pension. Ihre Monatslohn beträgt 75 Mark. Die jüngsten unter ihnen sind schon 20 Jahre im Betriebe thätig. Die freie Wohnung ist ihnen zum großen Teil jetzt entzogen und sie erhalten eine vollkommen ungenügende Mietgeld-Entschädigung von 60 Mark pro Jahr und 12 Mark Feuerungs-Entschädigung. In den letzten 15 Jahren ist nichts an ihren Lohnsätzen geändert worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Arbeiter scheinen jetzt unbequem geworden zu sein; die Meister und Direktoren suchen sie in die anderen Betriebe abzuschieben und verprechen ihnen höheren Verdienst und Vorarbeiterstellen. Die Pulverarbeiter aber legen hohen Wert auf ihre Pensionberechtigung und folgen deshalb den Ledungen nicht. Am 25. Juli vorigen Jahres wandten sie sich an die Direktion mit dem Verlangen, den Lohn auf 150 M. pro Monat zu erhöhen. Mehr Wochen blieben sie ohne Antwort, dann erhielten sie ablehnenden Bescheid. Sie wandten sich an die Feldzeugmeisterei, mußten wieder lange warten und erhielten endlich auch ein „nein“ als Antwort. Der Hauptmann Dahlmann, der den Bescheid überbrachte, meinte: was ich Euch in den Weg legen kann, das thue ich. (Hört! hört! links.) Am 5. Dezember wandten sich die Arbeiter an den Kriegsminister. Hier erhielten sie schon nach 14 Tagen Bescheid, wofür sie dem Kriegsminister sehr dankbar sind. Er versprach regelnd in die Verhältnisse einzugreifen. Es bleibt nun abzuwarten, wie er dies Versprechen einlösen wird. Auch über die Behandlung wird geklagt. So sagte der Werkmeister Reinhardt: Euch muß man so behandeln wie Kleidungsstücke, die man zum Trödelr schickt. Ich verbitte mir nur, daß Ihr mich überhaupt grüßt. (Hört! hört!) Auch ist die Mittagspause für diese Arbeiter zu kurz bemessen. Man spricht so viel vom Kampfe gegen den Alkohol. Diesen Arbeitern wird verboten, Kaffee mitzubringen und zu trinken. (Hört! hört!) Rechtswärtdig ist auch, daß sie verpöchtelt sind, die Wache-Anstalt zu reinigen, die die Frauen der Betriebsbeamten demühen. Die gefährliche Aufsicht in den Trockenhäusern war des Nachts lange Zeit nur einem Manne anvertraut. Jetzt sind es zwei. Als die Arbeiter einen dritten verlangten, meinte man zu ihnen: Euch fehlt wohl der dritte Mann zum Stat. (Weiterleft.)

Herr Rösche war zu optimistisch, als er den Glauben aussprach, daß die Betriebe schon Musterwerkstätten wären. Dazu fehlt noch viel. Vielleicht würde eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter von Nutzen sein, vielleicht würde es an ihrer Hand dem Reichstag gelingen, für diese Arbeiter menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalmajor v. Einem:

Herr Jubell hat ein Bild von unseren militärischen Instituten entworfen, daß man sagen möchte, wenn es wahr wäre: ja, schon ist etwas anders. Aber er weiß es ja nicht aus eigener Erfahrung und ist ganz auf die Mitteilungen der Arbeiter angewiesen. Wir sind jeder Zeit bereit, eine Statistik vorzunehmen, aus der sie alles entnehmen können, die Lohnverhältnisse und die Wohnungsverhältnisse. Die Verhältnisse der Konstruktionszeichner und Verwaltungsbeamten haben sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert. Das ganze schöne Bouquet des Herrn Jubell kann ich leider nicht gerolligke Zusammenfassung war in seinen Ausführungen nicht immer vorhanden, es ging etwas durcheinander. Die neue Lohnordnung bedeutet absolut keinen Rückschritt in dem Lohn. Einzelne Arbeiter, die zunächst geringeren Lohn erhielten wie vorher, sind sofort aufgebessert worden. (Hört! hört! rechts.) Bei der Festsetzung des Stillslohns mögen Fehler vorgekommen sein; dieselben sollen aber in Zukunft vermieden werden. — Was die so oft citierte Lohnhöhe von 2,50 M. anlangt, so kommt dieser doch nur in den seltensten Fällen vor. 87 Prozent unserer angestellten Arbeiter erhalten über 4 M. Lohn. (Hört! hört! rechts.) Den höchsten Satz erhalten die Arbeiter, an die bei schwerer Arbeit besondere Anforderungen in Bezug auf gute sachmännische Ausbildung, Selbstständigkeit und Gewissenhaftigkeit gestellt werden. Diese verdienen bis zu 6,50 M., bei besonderer Leistungsfähigkeit hat der Feldzeugmeister das Recht, diesen Betrag zu überschreiten. Eine Grenze ist ihm nicht gesetzt. (Hört! hört! rechts.) Schwierige Arbeiten, bei denen auch noch sachmännische Bildung vorausgesetzt wird, werden mit 5,10 M. entlohnt. Wo diese sachmännische Bildung nicht unbedingt erforderlich ist, aber größere Anstrengung notwendig ist, erhalten die Arbeiter 4,50 M., in einer noch niedrigeren Klasse 4 M. Dem gegenüber kann man von Hungerlöhnen nicht sprechen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist gesagt worden, wir denken uns durch die Privatindustrie. Für uns ist aber vor allem der Grundsatz maßgebend, daß der Wert der Arbeit richtig bemessen wird und daß wir zufriedene Arbeiter haben wollen, die auskömmlich leben wollen. Auf dies so ist, das beweist, daß 9000 Arbeiter sich bei uns gemeldet haben, 3000 haben wir nur nehmen können. Die Polizei soll bei der Annahme der Arbeiter eine große Rolle spielen. Bei einem Schneider und einem Schuhmacher soll in ihrem Zeugnis gestanden haben, daß sie Socialdemokraten seien. Ich weiß nicht, was dieser Unfug soll. Wie soll ein Schneider und ein Schuster sich bei einem Institut gemeldet haben, wo nur Metallarbeiter gebraucht werden? (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ungelerner Arbeiter!) Daß in einzelnen Fällen Uebergriffe der Meister vorkommen, leugne ich gar nicht. Wenn die Arbeiter sich beschweren, werden wir immer dafür sorgen, daß ihnen abgeholfen wird. So etwas kommt in jedem Privatbetriebe auch vor. (Sehr richtig! rechts.) In den Werkbetriebe habe ich stets die sauberste Ordnung gefunden, alle Unfallversicherungsvorschriften werden befolgt, die Leute erhalten ihren Pater Nihil und bekommen 10 Pf. pro Stunde mehr. Dasselbe gilt auch für die Säure-Arbeiter. In dem Herrn Jubell dankbar für die Mitteilung des angeführten Mißstands bei diesen Arbeitern, die Sache soll aufgeklärt werden. Wo wir so etwas hören, greifen wir stets ein. Der Arbeiterauschuss taugt nichts, wird immer gesagt. (Zuruf bei den Soc.: Stimmt auch!) Nein, das stimmt nicht, Sie halten unsere Arbeiter viel zu gering. (Lachen bei den Socialdemokr.) Sie wissen nicht, daß sie auf ihre Rechte und Pflichten ein sehr großes Gewicht legen und sie verkennen das Pflichtbewußtsein der Militärverwaltung den Arbeitern gegenüber. Wir hören die Arbeiterauschüsse stets, wenn sie etwas vorzubringen haben. Daß ein Mitglied des Arbeiterauschusses das Amt niedergelegt hätte, aus Anlaß der neuen Lohnordnung, ist falsch. Sie haben das Amt niedergelegt, weil sie aus Keufungen einiger Arbeiter schließen zu müssen glaubten, sie hätten das Vertrauen ihrer Kollegen verloren. Sie sind dann bei der erneuten Wahl sämtlich wiedergewählt worden. Wenn sich die Arbeiter an die Direktion wenden, wird diese sie niemals an die Meister schicken. Als sich die Pulverarbeiter an den

Herrn Kriegsminister wandten, haben wir uns auch nicht an den Buchstaben gehalten, sondern der Kriegsminister hat sich ihrer angenommen. Sie, verehrter Herr Rubeil, müssen ganz die Fühlung mit den Arbeitern verloren haben. Vom 1. Januar ab sind diese in ihren ganzen Verhältnissen aufgebessert worden, sie erhalten ihren Wohnungsgeldzuschuß, Feuerungsgeldzuschuß usw. Was die schlechte Behandlung dieser Arbeiter anlangt, so wird die Sache untersucht werden und Remedur eintreten. Ich kann nicht recht glauben, daß die Klagen berechtigt sind. Warum sind denn diese Leute 20, 30 Jahre im Betriebe? Es wurde ihnen seiner Zeit angeboten, in anderen Betrieben aufgenommen zu werden, aber sie wollten Pulverarbeiter bleiben. Die Mitteilung, daß nur zwei Arbeiter in den Trockenhäusern auf Posten gewesen sind, ist richtig. Das geschah, weil man glaubte, die Zahl wäre im Hinblick auf die guten Einrichtungen genügend. Die Ausrüstung: dann ist der dritte Mann zum Stat fertig, ist nicht den Arbeitern gegenüber gefallen, sondern nur nebenbei. So etwas wird dann weiter erzählt und als Beleidigung der Arbeiter hingestellt. Zum Schluß betone ich, die Geeserverwaltung ist sich ihrer Pflichten bewußt, die ihr obliegen, als wichtiges Glied desjenigen Staats, der zuerst und vor allem die Fürsorge für die Arbeiter auf sich genommen hat.

Abg. Jubell (Soz.):
Die Tabelle, die der Herr Vertreter der Regierung verlesen hat, ist vor Einführung der neuen Arbeiterordnung aufgestellt. Ich wiederhole, daß nach dieser es ganz ausgeschlossen ist, daß ein Arbeiter im Accord 6 M. verdient. Der Herr Vorredner hat sich die besten Klagen herausgesucht. Er hat vergessen anzuführen, daß z. B. die jugendlichen Arbeiter, die mit 1 Mark Lohn anfangen, wenn sie 18 Jahre alt sind, den ausgezeichneten Lohn von 2 M. erhalten. Es ist eine Thatsache, daß die Beschwerden der Arbeiter in den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß fast niemals gehört werden. Erst wenn die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf dringen, wird ein kleiner Anhang zum Protokoll gemacht. Der Herr Regierungsvertreter kann sich durch Einsicht in die Protokolle davon überzeugen. Den Pulverarbeitern hatte man freilich angeboten, in andere Betriebe überzugehen, denn sie waren der Verwaltung unbehagen geworden. In allen anderen Betrieben nämlich stehen sie unter der gewöhnlichen Kündigungfrist. Als Pulverarbeiter haben sie den Anspruch auf einen Urlaub von 14 Tagen. Der Wohnungsgeld- und Feuerungsgeldzuschuß, den Herr v. Einem so hervorhob, steht den Pulverarbeitern vertragsmäßig zu. Der Herr Regierungsvertreter hat einen großen Teil der von mir vorgebrachten Beschwerden zugeben müssen, ich kann also konstatieren, daß mein Material vollständig auf Wahrheit beruht hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Der Rest des ordentlichen Etats wird sodann debattelos genehmigt.

Es folgt das Extraordinarium.
Für weitere Beschaffung von Gerät für Luftschiffer-Abteilungen werden als letzte Rate 438 000 M. verlangt. In Rücksicht auf die Finanzlage hat die Budgetkommission in Uebereinstimmung mit der Militärverwaltung 200 000 M. abgesetzt. Das Haus stimmt debattelos zu. Folgende größere Summen werden sonst noch gestrichen: 100 000 M. für den Neubau von Magazingebäuden in Bonn; 175 000 M. (gefordert 675 000 M.) von der fünften Rate für die Ausrüstung der Feldbäckerei-Kolonnen mit fahrbaren Feldbäcköfen; 500 000 M. (gefordert 1 Million) von der vierten Rate für Abänderung von Zornisternen und Patronentalen; 264 000 M. für den Neubau einer Infanterielafette in Gera; 156 000 M. (gefordert 189 250 M.) für Geräteausstattung von Kasernen; 1 Million für die Erweiterung eines Truppen-Übungsplatzes für das 11. Armeecorps; 60 000 M. zur Erweiterung des Garnisonlazarets in Trier; 65 450 M. zum Umbau von zwei Wagenhäusern beim Traindepot des I. Armeecorps in Königsberg i. Pr.; 70 000 M. zum Neubau eines Dienstwohngebäudes in der Arbeiterkolonie Hahnhorst bei Spandau; 200 000 M. für Neubau von Kasernen in Metz (gefordert 600 000 M.); 150 000 M. für Beschaffung neuer Weiblichparaden (gefordert 276 000 M.); 300 000 M. zur Erweiterung eines Truppenübungsplatzes für das 15. Armeecorps (3. Rate) (gefordert 2 600 000 M.).
Sodann werden der Rest des Extraordinariums und die Einnahmen debattelos erledigt.
Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Posttaggesetz, Rest des Militär- etats, Etat des Reichsmilitärgerichts, Pöle und Verbrauchssteuern).
Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom 1. März 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung.
Am Ministertisch: Dr. Studt, Kommissare.
Zur Beratung steht zunächst die Interpellation Kopisch (fr. Sp.) und Ernst (fr. Sp.).
„Ist die Staatsregierung in der Lage, Auskunft über den Umfang oder die Ursache des zur Zeit bestehenden Mangels an Volksschullehrern zu geben und was geduldet ist zur baldmöglichsten Beseitigung derselben zu thun?“
Kultusminister Dr. Studt erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Kopisch (fr. Sp.):
Es handelt sich nicht um den durch Ueberfüllung der Klassen verursachten chronischen Lehrermangel, sondern um den akuten Lehrermangel, der sich namentlich in den östlichen Provinzen, am meisten in Oberschlesien fühlbar macht. Dort bleiben hunderte von Lehrstellen infolge Mangels an Lehrkräften unbesetzt, bestehende Schulen müssen geschlossen werden, neue Schulen können nicht eröffnet werden. Das sind kulturwidrige Zustände und dazu kommt der chronische Lehrermangel mit den überfüllten Klassen. In einzelnen Orten hat ein Lehrer 120 Kinder zu unterrichten. Dabei kann für beide Teile nichts Ersprießliches geleistet werden. Thatsache ist auch, daß viele Kinder in diesen Gegenden auf ein bis zwei Jahre wegen Mangels an Platz in der Schule zurückgestellt werden. Ich meine, hier wäre es angebracht, den 200 Millionen-Fonds zur Förderung des Deutschtums in den östlichen Provinzen in Anspruch zu nehmen. Leider kommen die Klagen auch aus Westfalen, aus der Provinz Sachsen, aus Hannover, ja vom Rhein.

Der Lehrermangel hat eine ganze Reihe von Ursachen. Nach dem letzten Besoldungsgesetz sind die Pensionierungen in größerem Umfange eingetreten, als man erwartet hatte. Ein weiteres Moment ist die Thatsache, daß der Errichtung von Schulen für konfessionelle Minderheiten in zu großem Umfange stattgegeben worden ist. Wollten diese Minderheiten besondere Schulen, sollen sie sie auf eigene Kosten errichten. Weiter hat die Zahl der Seminaristen nicht in dem Maße wie die Bevölkerung zugenommen. Seit mehr als 20 Jahren ist das schon nicht der Fall. Wenn der Lehrermangel erst jetzt so stark in die Erscheinung tritt, so liegt das daran, daß die Zahl der weiblichen Lehrkräfte ganz enorm zugenommen hat. Ich erkenne die Thatsache der Lehrerin voll an, aber ich glaube, bei Anstellung der Lehrerinnen in der Volksschule darf eine Grenze nicht überschritten werden, wenn die Schule nicht Schaden leiden soll.

Die Hauptursache liegt in den schlechten materiellen Verhältnissen für Schulen und Lehrer auf dem Lande und diese schlechte Lage der Schulen hat wieder in den Patronatsverhältnissen auf dem Lande ihre Ursache. Das Besoldungsgesetz von 1897 hat gewiß viel geholfen, aber noch lange nicht genug, namentlich für die jungen Lehrer, die ein Gehalt von täglich nur 1,50 M. erhalten. Fürs Biomed hat neulich die Löhne für Arbeiter auf dem Lande auf 1,70 M. angegeben. Der Lehrer hat also nur 10 Pf. mehr wie der Landarbeiter. Für den Lehrer besteht in privater und amtlicher Beziehung völlige Rechtsunsicherheit. Ein wunder Punkt ist die Schulaufsicht. Außer der geistlichen

Aufsicht hat der Lehrer ja noch andere Aufsicht: den Gemeindevorsteher, den Amtsvorsteher etc. Es soll sogar vorgekommen sein, daß der Gendarm beauftragt worden ist, zu sehen, ob der Lehrer auch pünktlich in die Schule kommt. (Gelächter.) Das beste Mittel bleibt die schleunige Revision des Besoldungsgesetzes von 1897, namentlich in Bezug auf die Landlehrer. (Lebhafte Beifall links.)

Kultusminister Dr. Studt:

Beist in seiner Antwort auf der Tribüne fast unverständlich. Die Hauptursache des Lehrermangels liegt in der Verlängerung des Militärdienstes für Lehrer von 10 Wochen auf ein Jahr. Auch mühten neue Schulen in einem Maße errichtet werden, das nicht vorausgesehen werden konnte. Am 1. November 1900 waren etwa 1500 Lehrstellen unbesetzt. Der rapide Anstieg der Landbevölkerung nach den großen Städten und ihren Vororten hat ganz enorme Vermehrungen der Lehrstellen zur Folge gehabt. So sind in Charlottenburg 50, in Spandau 24, in Schöneberg 20, in Niddorf 18, in Lichtenberg 17 neue Lehrstellen errichtet worden. Die Regierung ist sich des Ernstes der Sachlage voll bewußt und wird alles thun, was in ihren Kräften steht, die Kolonien abzubauen. Es sind von ihr alle Vorbereitungen getroffen, 80 neue dreijährige Präparandenkurse und 60 neue dreijährige Seminarurse einzurichten. Der Finanzminister hat die Mittel dazu bereitgestellt. Der Lehrermangel in Schlesien kommt hauptsächlich von der Errichtung zahlreicher neuer Schulen her. Im Bezirk Oppeln sind in den letzten fünf Jahren allein 278 neue Schulen errichtet worden. Ein Zusammenhang zwischen den Besoldungsverhältnissen und dem Lehrermangel ist durchaus nicht vorhanden.

Auf Antrag des Abg. v. Heydebrand und der Laja (L.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Ernst (fr. Sp.):
schließt sich den Ausführungen des Abg. Kopisch an. Wenn es sich um höhere Schulen handelte, welches Geschrei würde man da erheben, aber die Volksschule werde vernachlässigt. Das Uebernahm der weiblichen Lehrkräfte darf nicht noch größer werden. Redner tadelt es, daß der Lehrer ihre Ausbildung nicht auf den höheren Schulen und Universitäten, sondern in abgeschlossenen Erziehungsanstalten, den Seminaren, fern von der Welt, erhalten. Die Besoldungsverhältnisse seien nicht geeignet, dem Lehrerberuf neue Jünger zuzuführen. Dazu komme die weitgehende Aufsicht, die dem Lehrer auch in politischer Hinsicht bläse. Habe doch ein Kreisinspektor gesagt, ein Lehrer, der liberal wähle, verlege seinen dem König geleisteten Eid. Die Wünsche des Lehrers nach Fachaufsicht würden nicht erfüllt, seine Fortbildung in wissenschaftlicher Hinsicht werde ihm erschwert.

Abg. Geisler (C.):
Ich werde keine Stunde reden. (Bravo!) Ich halte die Klagen über Lehrermangel übertrieben, in den sechziger Jahren war es schlimmer. In meinem Kreise sollen 56 Lehrer fehlen. Ich habe mich genau informiert und gefunden: in 107 Klassen werden von 111 Lehrern durchschnittlich in der Klasse 76 Schüler unterrichtet. Bringt man die Schülerzahl auf 70 herunter, so müßten noch 17 Lehrkräfte angestellt werden. 56 Lehrer sind nicht nötig, denn dann wäre für jede Klasse ein Lehrer vorhanden.

Abg. Schall (L.):
Ich bin der Meinung des Vorredners und kann bloß sagen, die Interpellanten haben die Geduld des Hauses in sehr hohem Maße in Anspruch genommen. Wir können bloß annehmen, daß die Interpellanten bei ihrer Anfrage nicht in erster Linie die Beseitigung des Lehrermangels im Auge hatten, sondern mehr politische Zwecke. Ich möchte mich aber für Vernehmung der weiblichen Lehrkräfte auf dem Lande aussprechen. Die Erfahrungen sind sehr günstig gewesen.

Abg. Ernst (fr. Sp.):
verwahrt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, daß er wie Abgeordneter Kopisch andre als sachliche Zwecke bei der Interpellation verfolgt habe.

Abg. Sackenberg (nall.):
Der akute Lehrermangel hindert die ganzen Fortschritte im Schulwesen, in denen wir begriffen waren. Die Regierung hat es an der notwendigen Voraussicht fehlen lassen.
Hierauf wird ein Antrag auf Schließung der Besprechung angenommen.

Das Haus geht zur Beratung des Kultusetats über. Die Beratung des Etats beginnt bei den Einnahmen, die nach unwesentlicher Debatte bewilligt werden.

Auf Antrag des Abg. Im Walle (C.) wird zunächst der folgende Antrag des Centrums zur Diskussion gestellt:

„Die I. Regierung aufzufordern, baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die besonderen Beschränkungen und Erschwerungen, welchen die Krankenpflege und die gleichartige Uebung werthvoller Nächstenliebe seitens der Mitglieder katholischer Orden und ordensähnlicher Kongregationen unterworfen ist, behufs Gleichstellung derselben mit den Mitgliedern anderer, der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen aufgehoben werden.“

Abg. Frispu-Porlen (C.):

begründet den Antrag unter Darlegung der gesetzlichen Bestimmungen, wonach für die Niederlassung von Krankenschwestern, die einem französischen Orden oder ordensähnlichen Kongregationen angehören, zur Ausübung der Krankenpflege die Genehmigung zweier Minister einzuholen ist. Redner erkennt an, daß in der gesetzlichen Praxis von dieser gesetzlichen Verfügung kein Gebrauch gemacht worden ist. Es sei aber Zeit, daß gesetzliche Gleichberechtigung für die katholischen Krankenschwestern mit den Krankenschwestern anderer Konfessionen hergestellt würde. Unter katholischen Schwestern stehen unter Polizeiaufsicht, die oft recht ärmlich ausgeübt wird. Er bitte um Annahme im Namen der Kranken, der Enterbten des menschlichen Geschlechts. (Lebhafte Bravo im Centrum.)

Abg. v. Heydebrand und der Laja (L.):

erklärt sich mit dem Entschlusse einverstanden, wenn sich die Thätigkeit der Ordensschwestern auf die Krankenpflege beschränkt. Er beantragt deswegen im Namen seiner politischen Freunde die Ersetzung des Wortes „sonstige“ durch „gleichartige“.

Abg. Dr. Friedberg (nall.):

Die ganze Organisation der katholischen Orden schließt es aus, dieselben verwaltungsrechtlich mit den freien Vereinigungen in anderen Konfessionen gleichzustellen. Viele dieser Orden haben ihre Spitze im Ausland, es können Ausländer beitragen; so gehören z. B. zahlreiche Belgier dieser Orden an. (Beifall im Centrum: Rein, nein.) Wir werden für das Amendement v. Heydebrand stimmen, aber den Antrag im ganzen ablehnen.

Abg. Fr. v. Jeditz (fr. Sp.):

Der konservative Antrag stellt eine Verbesserung des Centrumsantrags dar, aber wir können trotz dieses Verbesserungsantrags dem Antrag nicht zustimmen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich bin der Ansicht, daß die Krankenpfleger-Orden anders zu behandeln sind, wie andere Orden. Ich kann mich auch der Sympathieerklärung für die katholischen Krankenschwestern um so mehr anschließen, als ich noch jüngst Gelegenheit hatte, aus eigener Anschauung die Hingabe von Mitgliedern dieser Orden zu bewundern. Wir meinen aber, daß wenn ein neuer Akt der Gesetzgebung in Bezug auf die rechtlichen Verhältnisse der Krankenpfleger-Orden erfolgen soll, dieser nicht geschnitten sein darf auf den Rahmen einer einzigen Konfession. Ein solcher Gesetzentwurf müßte die Rechtsverhältnisse aller Krankenpfleger-Vereinigungen regeln, also die der Diakonissen, der jüdischen Krankenpfleger und vor allem der Mitglieder der weiblichen Krankenpflege. Allen diesen Vereinigungen müßte die Erlangung von Korporationsrechten gesichert werden, damit sie nicht länger vom Gutdünken der Verwaltungsbehörden abhängig sind. Die konservative Zustimmung ist eine rein formale. Richtiger scheint es mir, eine solche formale Zustimmung jetzt nicht zu geben, sondern den Antrag abzulehnen, ohne damit die Abstimmung zu präjudizieren, wenn die Regierung eine Vorlage bringen sollte, die eine allgemeine Regelung des Krankenpflegewesens enthalten sollte. (Beifall links.)

Abg. v. Jazdzewski (Pole)

tritt für den Antrag ein.

Abg. Dr. Porck (L.):

Es sind Aeußerungen gefallen, die uns das Blut heißer durch die Adern getrieben haben, aber ich will trotzdem ruhig bleiben. Die Aeußerungen der verschiedenen Parteiführer beweisen mir, daß für das Wesen der katholischen Orden noch in weiten Kreisen ein ganz ungerichtetes Mißtrauen gegen die Katholiken besteht. Auf die Dauer läßt sich ein so großer Teil, wie die katholische Bevölkerung, solches Mißtrauen aber nicht gefallen. (Bravo im Centrum.) Den Abänderungsantrag v. Heydebrand acceptieren wir, obwohl wir ihn als berechtigt nicht anerkennen. Herr Friedberg hat Bedenken, weil die Orden ausländische Spitzen haben. Ist das der Fall, so ist für Vertretung der ausländischen Spitze im Inlande gesorgt. Ausländer gehören dem Orden nicht an. Herrn Richters Standpunkt ist mir absolut unverständlich. Wir wollen nicht, daß uns zu Liebe ein Gesetz extra zugeschnitten wird, wir wollen nur die Ausnahmegesetzungen gegen uns aufgehoben wissen. Wenn es sich um einen Antrag für jüdische Verhältnisse gehandelt hätte, würde wohl Herr Richter wärmeres Verständnis dafür gefunden haben. (Lebhafte Oho! bei den Freisinnigen.) Das war bei meinen Freunden der allgemeine Eindruck. Wir können es uns sonst nicht erklären, weshalb er uns hier so die kalte Schulter zeigt. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister Dr. Studt:

Der Antragsteller hat gesagt, unsre Polizeibeamten seien kleinlich und ältlich vorgegangen. Wir sind solche Vorkommnisse unbelohnt, ich bin ein Gegner kleinlicher und ältlicher Maßregeln und selbst Herrn Freien, mir sein Material zu übergeben. Der Antrag selbst beeinträchtigt die Grundlagen des gesetzgeberischen Kompromisses aus den Jahren 1881, 1886 und 1887 ganz wesentlich. Der Wortlaut des Antrags hat zu erheblichen Zweifeln Anlaß gegeben. Die Staatsregierung hat zu dem Antrag noch nicht Stellung nehmen können.

Persönlich bemerkt

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Abg. Porck hat hier gesagt, ich würde mich anders verhalten haben, wenn es sich nicht um katholische, sondern um jüdische Interessen gehandelt hätte. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß ich gleiches Recht für katholische, wie für jüdische, wie für evangelische, wie für weltliche Krankenpfleger verlange. Herr Porck hat mir also etwas insinuirt, was ich ausdrücklich von mir abgewiesen habe. Das widerspricht aber nicht nur meinem parlamentarischen Geschmaack, sondern auch dem parlamentarischen Anstand.

Abg. Dr. Porck (persönlich):

Ich habe dem Abg. Richter gar nichts insinuieren wollen. Ich habe nur dem Gefühl Ausdruck gegeben, daß bei allen meinen Freunden herrschte, als Herr Richter seinen huanendwertigen Standpunkt dargelegt hatte. Dieses ist mein Recht, und das lasse ich mir nicht nehmen durch die besonderen Anschauungen, die Abg. Richter über parlamentarischen Anstand und Geschmaack hat. (Sehr gut! im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

rust erregt: Sie hätten besser den Mund gehalten. (Lebhafte Oho! im Centrum.)

Präsident v. Kröcher:

Herr Richter, diese Aeußerung entsprach nicht der Ordnung des Hauses.

Der Unterantrag von Heydebrand wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Darauf wird der so abgeänderte Centrumsantrag gegen die Stimmen der Freiservativen, der Nationalliberalen und der beiden freisinnigen Gruppen (mit Ausnahme der Abg. Kopisch, Dr. Krieger-Königsberg und Ernst) angenommen.

Die weitere Beratung des Kultus-Etats wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluß gegen 5 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal von Horstmann, Frankfurter Allee 127, steht den Genossen unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Sechster Wahlkreis! Dienstabend 8 Uhr findet in den Vorstias-Sälen, Adlerstr. 67, eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour referieren wird über das Thema: „Weib, was habe ich mit Dir zu schaffen?“

Adlershof. Sonntagvormittag 4 Uhr spricht Dr. Arons in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung bei Schmauser über „Arbeiterbewegung und Konsumgenossenschaften“. Vormittags 8 Uhr Flugblattverteilung zu dieser Versammlung, an der sich alle organisierten Arbeiter beteiligen wollen.

Rummelsburg. Die hiesigen Parteigenossen veranstalten Sonntag eine Recitation der „Weber“ im Lokal des Herrn Weigels, Türschmidtstr. 45. Anfangs nachmittags Punkt 2 Uhr. Entree 20 Pf.

Tempelhof. Da das Lokal von Werth, Berlinerstr. 41, dem Wahlverein nicht mehr zur Verfügung steht, so haben wir uns genötigt gesehen, auch unsere Zahlstelle von dort fortzunehmen. Dasselbe befindet sich von jetzt ab bei Labowitz, Dorf- und Reuestraßen-Ecke. Wir erjuchen die Mitglieder, ihre Angelegenheiten hier zu erledigen.

Lokales.

Wie der Grund und Boden in Berlin ausgenutzt wird.

Zu Beginn des vorigen Jahres waren in Berlin 25 171 bewohnte Grundstücke mit 512 577 bewohnten oder leer stehenden Wohnungen, Geschäftslökalen usw. vorhanden. Auf jedes Grundstück kommen also im Durchschnitt 20,4 Wohnungen usw. Ein Haus mit rund 20 Wohnungen würde etwa aus einem Vorder- und einem Hintergebäude bestehen, deren jedes fünf Stockwerke („Parterre“ bis „4 Treppen“) hat und in jedem Stockwerk Raum für 2 Wohnungen bietet. Das wäre schon eine ganz hübsche Mietskasernen.

Von dieser Art ist jetzt in Berlin bereits das Durchschnitts-Wohnhaus! In den letzten Jahrzehnten hat die Häufung der Wohnungen auf den einzelnen Grundstücken ganz außerordentlich zugenommen. 1861 kamen in Berlin durchschnittlich noch nicht ganz 10 Wohnungen auf das Grundstück — heute sind es über 20! Specially in den letzten 10 Jahren betrug der Durchschnitt 18,0, 18,5, 18,9, 19,2, 19,5, 19,8, 19,8, 20,2, 20,4 Wohnungen pro Grundstück. Diese Zunahme ist nicht dadurch zu Stande gekommen, daß der durchschnittliche Flächeninhalt der Grundstücke um so viel größer geworden wäre, sondern in der Hauptsache dadurch, daß der Grund und Boden immer stärker ausgenutzt worden ist.

Die Ausnutzung ist allerdings nicht in der ganzen Stadt gleich stark. Das ist ja bekannt. Mietskasernen baut man eben nur in bestimmten Stadtteilen, nicht in der Tiergartenstraße, sondern in der Luisenstadt, auf dem Gendarmen, in Roabit usw. Und die Mietskasernen gehen in diesen vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadtteilen über den allgemeinen Durchschnitt von 20,4 Wohnungen pro Grundstück ebenso weit hinaus, wie die villenartigen Wohnhäuser des Tiergartenviertels hinter ihm zurückbleiben. Der Durchschnitt pro Grundstück stellt sich in

dem westlichen, äußeren Teil Noabits auf 27,8 Wohnungen, in dem nördlichen Teil der Kosenfelder Vorstadt auf 29,6, in dem östlichen Teil der jenseitigen Luisenstadt auf 29,9. Greift man einzelne Stadtbezirke heraus, dann erhält man noch viel höhere Zahlen. So kommen in Bezirk 203 (zwischen den Ringbahnhöfen „Pulitzstraße“ und „Weißstraße“) auf das Grundstück im Durchschnitt 89,0 Wohnungen, in Bezirk 101 (ein Teil der Bäcklerstraße und Umgegend) 40,6 Wohnungen, in Bezirk 247a (Teile der Dunderstraße, der Raumerstraße und Umgegend) 41,4, in Bezirk 175a (Teile der Königsberger- und Wemelerstraße) 41,8. Dagegen zählte in den Bezirken 82 und 83 (Tiergartenstraße und Umgegend) das Grundstück durchschnittlich nur 6,4 bzw. 6,1 Wohnungen.

Im einzelnen sind die Gegenstände bekanntlich noch spärlicher. Sie gehen vom Einfamilienhaus bis zu Mietskasernen von weit über 100 Wohnungen.

Einiges Aufsehen erregte in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung das Verhalten der „Opposition“ in Sachen der Petition gegen den Brotwucher. Daß die antisemitische Fraktion in Gestalt ihrer beiden Mitglieder Ulrich und Regel für das Attentat der Ostelbier schwärmte, stand eigentlich im voraus fest. Umso mehr verwunderte es, daß die energischeren Hälfte dieser Fraktion, die von der Person des Herrn Regel präsentiert wird, zur Rettung des Junfertums nicht in die Erscheinung getreten war. Ist die Fraktion gespalten? Geht es ihr wie dem Antisemitismus im Reichstag, der ebenso viele Richtungen repräsentiert als Abgeordnete? Während man in der Sitzung sich über diese Fragen unterhielt, geschah ein Ereignis, das in seiner Bedeutung noch weit über den erörterten Gewissenszwiespalt hinausging. Einige legten es als Mittel mit der Vereinsammlung des Herrn Ulrich aus, andre als Herzensneigung; genug, der Herr königliche Baurat Kuhlmann riefte sich auf zu einer Verdoppelung der Opposition, trat manhaft Herrn Ulrich zur Seite und brachte es so zu Wege, daß die Meinung für den Brotwucher mehr als einstimmig zur Geltung kam. Hoffentlich hält nicht allein die Fraktion, sondern auch die „Staatsbürger Zeitung“ eine Liebe der andern wert und zählt Herrn Kuhlmann fortan unentwegt zu den ihrigen.

Verständliche Ansichten. Zu dem jetzt so aktuellen Thema „Verteidigung und Begünstigung“ nimmt Professor Dr. R. v. Mittenhal-Heidelberg in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ das Wort. Er fährt dabei u. a. aus: Von einer selbständigen Beruflichkeit des Verteidigers, dem Gerichte die Ermittlung der Wahrheit zu erleichtern, kann keine Rede sein. Ramentlich ist er niemals verpflichtet, dem Gerichte von Umständen Mitteilung zu machen, die seinen Klienten belasten würden, gleichviel auf welche Weise solche Umstände zu seiner Kenntnis gelangt sind. Verhilft er seinen Klienten aber beispielsweise zur Flucht so macht er sich strafbar, wie jeder andre, ebenso wenn er durch rechtswidrige Beeinflussung des vorhandenen Beweismaterials die Feststellung des staatlichen Strafanspruchs hintertreibt. Wohl kann der Verteidiger — ohne alle Rücksicht auf seine persönliche Ueberzeugung von der Schuld seines Klienten — eine Privatuntersuchung veranstalten. Wessen Hilfe er dabei in Anspruch nimmt, ist gleichgültig, sofern nur die Mittel, die dabei benützt werden, nicht an sich strafbar sind. Nach Entlohnungszugängen zu forschen, Belastungszeugen beobachten zu lassen, um ihren Ruf im Allgemeinen und ihre Glaubwürdigkeit im besondern festzustellen — das ist ein gutes Recht des Beschuldigten, in dessen Ausübung ihn der Verteidiger straflos unterstützen kann. In alledem kann eine Begünstigung niemals gefunden werden, überhaupt kann niemals die Sammlung, sondern nur die Unterdrückung von Beweismaterial rechtswidrig sein. Der Verteidiger freilich, der seinem Klienten dadurch Beistand leistet, daß er die Spuren der That verwischt, Belastungszeugen entfernt, Ueberführungsbilder unterdrückt, handelt sicher rechtswidrig. Er ist auch nach § 257 Strafgesetzbuch strafbar, wenn er die Schuld seines Klienten leugnet. Versteht man freilich festsetzen, ehe eine Verurteilung erfolgen kann. Aber unter Umständen wird man gerade darin, daß ein Verteidiger sich zu so unverlässlichen Praktiken hergegeben hat, den Beweis für sein Wissen um jene Schuld finden.

Diese Ausführungen stehen in ihrer Nüchternheit vorteilhaft ab von der neuerdings verklärten romantischen Anschauung, daß es gewissermaßen Pflicht des Verteidigers sei, auf alle Fälle „nach Wahrheit zu suchen“ und diesem Prinzip zuliebe unter Umständen seinen Klienten sogar hineinzureiten.

Einen Reinsfall der Brotwucherer gab es in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung des konservativen Vereins im Potsdamer Thorbezirk. Der Reichstagsabgeordnete Jacobs-Lötter trug einen Hymnus auf die Erhöhung der Getreidezölle vor, ihm sprang der Justizhausadvokat Landtagsabgeordneter Felisch, sowie der Domänenrat Kettig zur Seite. Gegen den Brotwucher sprach sodann der nationalsozialistische Herr Weinhausen. Es sei eine falsche und ungerechte Politik, zu Gunsten einiger tausend Großgrundbesitzer Millionen von Arbeitern das Brot zu verteuern. Der Redner sand bei einem großen Teil der Versammelten lebhaften Beifall. Der Reichstags-Abgeordnete Schreyer-Stuttgart trat ihm mit der Behauptung entgegen, daß die höheren Getreidepreise auch die Löhne der ländlichen Arbeiter steigern würden. Als ihm von anderer Seite entgegengehalten wurde, daß es doch die Konservativen seien, welche seiner Zeit die Justizhausvorlage verteidigten und sich ständig gegen die Erteilung des Koalitionsrechts an die ländlichen Arbeiter sträubten, kam es zu lärmenden Austritten. Der Abgeordnete Jacobslötter erklärte, daß die Konservativen durch die sog. Justizhausvorlage nur die Arbeitswilligen schützen wollten. Dies wurde mit höhnischem Lachen auf der einen und Weifall auf der andern Seite entgegengenommen. Als dann der Lehrer Wolf noch ganz entschieden gegen die Großgrundbesitzer auftrat und den Konservativen vorwarf, wohl den Grundbesitz-Verfeindern und Kohnwucherer zu belämpfen, aber den Brotwucher in Schutz zu nehmen, erreichte der Lärm seinen Höhepunkt. Ohne einen Versuch gemacht zu haben, wurde die Versammlung schließlich mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen. Im Versammlungslokal kam es noch zu wilden Austritten, welche auf der Straße ihre Fortsetzung fanden.

Es muß betrauert sein für die Interessenten des Brotwuchers sein, wenn in der Reichshauptstadt selbst „nationale“ Kreise in der Auspowerung des deutschen Volks ein Haar finden.

Der Weizen der Großen Berliner blüht. Das zeigte sich in der gestern von den Aktionären abgehaltenen Generalversammlung. Dort war man sich einig darin, daß die Direktion unentwegt weiter nach den bisherigen Grundsätzen wirtschaften und im Kampf gegen die Interessen der Einwohnerchaft Berlins nicht erlahmen dürfe. Selbstverständlich kam auch die Erwerbung der Bahnen von Siemens u. Halske durch die Stadt Berlin zur Sprache. Die Verwaltung erklärte fähig, daß die 18 Kilometer der Siemens u. Halske-Linien zu einer wesentlichen Abrundung des eignen Reiches nicht beigetragen haben würden. Wirkungsvollen Trost fand man aber in der kürzlich gefallenen Reichsgerichtsentcheidung in Sachen der Berliner Straßbahn, die besagt, daß die Stadt nicht das Recht hätte, einem derartigen Verkehrsunternehmen eine wesentliche Konkurrenz durch Schaffung eigener Linien zu bieten; unter wesentlich sei auch die Führung der Trasse durch nahe Parallelstraßen zu verstehen. Unter diesen Umständen werde die Direktion mit Vorsicht, aber auch mit Energie der Stadt gegenüber Stellung nehmen. Weiterhin erklärte die Direktion, daß sie mit der Stadt Berlin keinerlei Verhandlungen bezüglich der Verstaatlichung des Straßenbahnbetriebs gepflogen habe.

Wisse Jungen erzählen, daß die Versammlung mit einem Hoch auf den Minister von Thielen geschlossen wurde, der vor einigen

Tagen so energisch die Interessen der Großen im Abgeordnetenhaus zu vertreten wählte.

Die Dividende setzte die Versammlung auf elf Prozent fest.

Der Bau der Untergrundbahn ist jetzt auch auf dem Wittenbergplatz und in den angrenzenden Teilen der Kleist- und Tauentzienstraße in Angriff genommen worden. Bereits wird der nördliche Fahrdamm des Platzes durch einen Breiterzaun für jeden Verkehr vollständig abgesperrt.

Die Zu- und Abwanderung nach und von Berlin ist im Jahre 1900 noch lebhafter als in den vorhergehenden Jahren gewesen. Es wurden rund 261 000 Personen als zugezogen und über 191 000 Personen als fortgezogen gemeldet, während die Meldungen im Jahre 1899 235 611 Zugezogene und 178 654 Fortgezogene und im Jahre 1898 228 121 Zugezogene und 173 599 Fortgezogene ergeben hatten. (Da die Meldung vielfach unterlassen wird, so bleiben diese Zahlen, besonders die für den Fortzug ermittelten, noch erheblich hinter der Wirklichkeit zurück.) Am lebhaftesten war die Zu- und Abwanderung 1900 wieder, wie alljährlich, im April und im Oktober. Im April wurden über 82 700 Zugezogene und rund 25 200 Fortgezogene, im Oktober 46 500 Zugezogene und 30 000 Fortgezogene gemeldet.

Lebhaft beschäftigt sind einige Blätter mit dem vorgestrigen Anfuhrprozeß Bräuerberg, der damit endete, daß der unglückliche Bürger, den der Staatsanwalt zu allem noch mit 9 Monaten Gefängnis bestrafen wollte, zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Das „Verl. Ztbl.“ ist über den forschenden Schutzmann Grabowski aufgeregt und fragt:

„Nur nicht schon in Konsequenz dieses Gerichtspruchs die Klage wegen Ueberschreitens seiner Amtsgewalt, die Klage wegen schwerer Körperverletzung gegen diesen Schutzmann Grabowski eingeleitet werden? Unseres Dafürhaltens wäre das Verfahren gegen den betreffenden Beamten so rasch wie möglich zu führen. Die öffentliche Meinung hat allen Anspruch darauf, nicht unnützlich lange im unklaren darüber gelassen zu werden, daß polizeiliche Ausschreitungen ihre scharfe Abmahnung vor dem Richter erhalten können.“

Bekanntlich sind in früheren Prozessen vielfach Arbeiter, denen kaum Schlimmeres nachgewiesen werden konnte, als was hier dem bürgerlichen Angeklagten vorgeworfen wurde, recht empfindlich betroffen worden. Damals haben wir von besonderer Aufregung in der bürgerlichen Presse nicht viel bemerkt. Hoffentlich hält der lobenswerte Eifer nach Gerechtigkeit auch für die Zukunft an.

Die bekannte Methode des „jüdischen Demunziantenvereins“ machen sich jetzt die Berliner Innungen und aufsichtslosen Kampf gegen die Warenhäuser zu eigen. Antisemitischen Blättern zufolge sind besondere Kommissionen ernannt, die die Veröffentlichungen der Bezüge daraufhin zu prüfen haben, ob die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb innegehalten werden. Es wird unter andern genau nachgesehen, ob z. B. die Qualität der Waren den in den Inseraten enthaltenen Angaben entspricht; ebenso werden Einkäufe gemacht, um Beweisstücke in die Hände zu bekommen. Gegenwärtig schweben mehrere Klagen wegen Vergehens gegen das Gesetz, betreffend den unlauteren Wettbewerb.

Polizei und Reklame. Das Polizeipräsidium teilt mit: In letzter Zeit werden den Bureau des hiesigen Polizeipräsidiums, den Polizeireviere und an deren Dienststellen so häufig die verschiedensten Gegenstände, Waren, Reklame-Plakate und ähnliche Sachen überhand, daß es unmöglich ist, den daran geknüpften Witten Folge zu geben und alle diese Dinge zur Ansicht unter den Beamten in Umlauf zu setzen oder die Plakate in den Dienststräumen auszuhängen. Durch die Akkumulation der Gegenstände sind außerdem so viele Inzuträglichkeiten entstanden, daß die Bitte um Einstellung derartiger ganz zweckloser Zustellungen gerechtfertigt ist. Abünftig wird das Polizeipräsidium sich auch auf eine Milderung derartiger Gegenstände nicht mehr einlassen und von jedem Schriftwechsel in solcher Angelegenheit Abstand nehmen.

Durchlöcherung des Rennuhr-Ladenschlusses. Einer hiesigen Engros-Firma war von der Polizeibehörde mitgeteilt worden, daß ihr Betrieb unter das Gesetz des Rennuhr-Ladenschlusses fällt, daß also das Personal nach dieser Zeit nicht mehr beschäftigt werden darf. „Der Konfektionär“ hat infolge dieser Anordnung beim Polizeipräsidium angefragt, ob da § 189c und 189d der Gewerbe-Ordnung sich nur auf offene Verkaufsstellen beziehen, fortan auch Engros-Geschäfte sich diesen Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zu fügen hätten. In einer persönlichen Konferenz wurde bedeutet, daß im allgemeinen die Praxis von der Polizeibehörde geübt werde, daß alle jene Geschäfte als offene Verkaufsstellen zu betrachten seien, welche an das Publikum Waren abgeben. Geschäfte, welche ausschließlich an Wiederverkäufer ihre Artikel abgeben (Engros-Geschäfte), dürften somit bis auf weiteres an solche Kundenschaft nach 9 Uhr noch verkaufen resp. das Personal beschäftigen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Allerdings wurde mitgeteilt, daß diese Bestimmung keine definitive sein könnte, da bisher noch keine gerichtliche Entscheidung ergangen sei.

Soldaten-Selbstmord. Im Hause Grolmannstr. 8 hat gestern der im Gardepionierbataillon dienende, als Offiziersburche zu dem Leutnant Hennig abkommandierte Pionier Judd Selbstmord begangen. Er lud sein Dienstgewehr mit Wasser und schoß sich in den Mund. Was den Soldaten, der gestern seinen Geburtstag hatte, zu der unglücklichen That getrieben hat, ist nicht bekannt. Die Durchschleife hatte er erst seit kurzer Zeit.

Vom Vorsitzenden des Verbands der Möbelpolierer geht uns zu dem tödlichen Unfall, der den Möbelpolierer Schreyer betroffen hat, folgende Mitteilung zu: Der Möbelpolierer Otto Schreyer, welcher, wie am 26. Febr. gemeldet, seit den 22. Februar vermißt wurde, ist am 22. d. spät abends am Bahnhof Strausberg von einem Eisenbahnzug totgefahren worden. Trozdem nun der Getötete eine Kontrollkarte des Verbands der Möbelpolierer Berlins mit seinem Namen bei sich trug, wurde die Leiche am 26. d., nachmittags 3 Uhr, als unbekannt beerdigt. Der Amtsvorsteher will erst am 26. d. M. früh durch die Zeitung erfahren haben, wer der Tote sei. Eine Depesche, welche hier am genannten Tage 12 Uhr 55 Min. aufgenommen und an den Vorsitzenden des Verbands der Möbelpolierer, H. Schulze, adressiert war, kam erst um 2 Uhr in dessen Wohnung an, so daß Schulze mit der Frau des Schreyer erst um 4 Uhr 28 Min. nach Strausberg fahren konnte. Als beide dort anlangen, hatte die Beerdigung schon in Eggersdorf stattgefunden. Die Depesche lautete: „Schreyer Bahnhof Strausberg überfahren. Der Amtsvorsteher.“ Man sollte meinen, daß in vier Tagen sich doch wohl die Zeit erübrigt, hier in Berlin nach dem Verband der Möbelpolierer zu forschen oder auf Grund der Kontrollkarte beim Polizeipräsidium anzufragen, ob dort ein Mitglied des genannten Verbands, Namens Schreyer, gemeldet ist; aber dies geschah nicht. Wenn die Schuld an der Verzögerung trifft, wird hoffentlich eine Untersuchung lehren, doch wird dadurch die arme Frau nicht getrübt.

Eine Hochkaplerin, die zahlreiche arme Witwen heimgesucht hat, wurde gestern vormittag von der Kriminalpolizei festgenommen. Es ist eine erst 23 Jahre alte Blondine von angenehmem Aussehen. Die junge Person besuchte arme Witwen und spiegelte ihnen vor, daß sie als Wohlthäterin komme. Der Kaiser von Oesterreich habe durch den schrecklichen Tod seiner Gemahlin veranlaßt, zur Unterstützung hilfsbedürftiger Witwen einen Fonds geschaffen, dessen Erträge auch im Deutschen Reich verteilt würden. In Berlin werde die Verteilung von einem Herrn von Kraysie vorgenommen. Die Fremde wußte den Hoffnungsfulden dann Geld und Wertgegenstände abzuschwindeln. Das Manöver soll die Person in etwa 30 Fällen erfolgreich ausgeführt haben.

Masseneinbrüche in Geschäftshäuser und Wohnungen sind von einer von der Kriminalpolizei festgenommenen Einbrecherbande mit großem Erfolg ausgeführt worden. Einzelnen Bestohlenen konnten bereits Schmuckgegenstände und Kleidungsstücke im Werte

von 2000 M. wieder zugestellt werden. Unter den bisher noch nicht relognozierten Sachen befinden sich im Polizeipräsidium, Zimmer 37, wo sie in den Vormittagsstunden reklamiert werden können, Sachen von beträchtlichem Wert.

Wegen fortgesetzter Diebstähle ist ein 23 Jahre alter Kaufmann Lohmann verhaftet worden. Dieser war nacheinander in verschiedenen großen Kaufhäusern thätig, zuletzt in der Landsbergerstraße. Ein Aufwand, der über sein Einkommen weit hinausging, machte ihn verdächtig und die Beobachtungen ergaben, daß er fortgesetzt vom Lager stahl und die Diebesbeute weiter verkaufte. Der Lingetrenne wurde aus dem Geschäft heraus festgenommen.

Der bekannte langjährige Pächter des städtischen Gasthauses in Treptow, Herr Rudolf Jenner, ist gestern nach langem Leiden im Alter von 54 Jahren aus dem Leben geschieden. Gesundheitsrücksichten nötigten Jenner, vor einigen Jahren die Pacht des Restaurants aufzugeben.

Der neue Stern kann den Besuchern der Treptow-Sternwarte schon am hellen Tage gezeigt werden. Er wird jetzt täglich mit dem großen Fernrohr beobachtet. Sonnabendmittag 5 Uhr hält Direktor Krahnholz über die neuen Sterne einen Vortrag, in dem alle diese merkwürdigen Erscheinungen, auch die der früheren Jahrtausende, besprochen werden. Der Sternvortrag findet auf Wunsch des „Deutschen Metallarbeiter-Verbands“ im Gewerkschaftshause, Engel-Str. 15, statt. Die Treptow-Sternwarte bleibt bis Karren Weiler an diesem Abend für die Beobachtung des neuen Sterns bis 12 Uhr nachts geöffnet.

Feuerbericht. Gestern wurden nur unbedeutende Brände gemeldet. Nordbockstr. 50 hatten Säde und Berg in einer Tapetierwerkstatt Feuer gefangen, während gleichzeitig Gerichstr. 81 Kleider eingäschert wurden. Röhre und Verpackungsmaterial brannten Blumenstr. 87 im Keller. Außerdem erfolgten Brigwallstr. 11, Weststr. 7 und Köpenickerstr. 162 keine Wohnungsbrände.

Aus den Nachbarorten.

Die Leitung der Volks-Unterhaltungsabende der Stadt Schöneberg veranstaltet Sonntag, den 3. März, abends 7^{1/2} Uhr, in der Aula des Reformgymnasiums, Belgierstraße, einen Verbands-Abend. Karten zu 40 Pf., einschließlich Garderobe, an der Abendkasse.

Eine Probe auf die Lehrerfreundlichkeit haben nächsten die bürgerlichen Gemeindevertreter von Neu-Weißensee zu bestehen. Dort besteht der traurige Zustand, daß die Lehrerschaft, um nur das an anderen Orten schon längst gezahlte Wohnungsgeld in bestimmter Höhe zugebilligt zu erhalten, besonders darum einkommen muß. Angesichts der gesteigerten Mieten und Lebensmittelpreise fordern die verheirateten Lehrer eine Erhöhung ihres 420 M. jährlich betragenden Wohnungsgelds. Die unverheirateten Lehrer fordern die in den andern Vororten gezahlte Wohnungsentgelt, die pro Kopf und Jahr um 64 M. differiert. Außerdem fordern sie, daß Lehrern vom 30. Lebensjahre an das volle Wohnungsgeld bewilligt werde. Für die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung sind diese Anträge eine harte Aufgabe.

Der Magistrat von Spandau, der vor etlichen Monaten durch die bekannte Beleidigungsklage gegen den „Vorwärts“ einiges Aufsehen erregt hat, macht wieder in sonderbarer Weise von sich reden. Es handelt sich um seine Stellung in der Frage des Brotwuchers, die für die Spandauer Bevölkerung nicht minder einschneidend ist wie für die Berliner. Der Magistrat hat dem mit allen gegen drei Stimmen gefaßten Beschluß, an die gesetzgebenden Körperschaften eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu richten, nicht zugestimmt, sondern beantragt, daß die beiden städtischen Behörden über die Angelegenheit in gemischter Kommission beraten sollen. Wie in einem früheren gleichen Fall wurde der Verlauf der Angelegenheit der sein, daß, da die Stadtverordneten auf ihrem Beschluß beharren, die Sache an die Regierung geht.

Nach ein andres an Ostelbien erinnerndes Stücklein wird aus unrer Nachbarstadt berichtet. Im eine Herabminderung der Schulkosten herbeizuführen, hatte die Schuldeputation in Spandau beschlossen, eine Einschränkung des Unterrichts einzutreten zu lassen. Es sollten danach an sämtlichen neun Gemeindefunkeln im ganzen 250 Lehrstunden wöchentlich gespart werden, wodurch an 8 bis 10 Lehrkräfte „überschüssig“ geworden wären. Die damit erzielte Geldersparnis hätte sich auf ca. 15 000 M. jährlich belaufen. Gegen diese Beeinträchtigung des Volksschulunterrichts erhob indes der Kreisinspektor Anderz sofortigen Einspruch bei der Regierung in Potsdam, worauf diese den Beschluß der Schuldeputation aufhob und entschied, daß eine Kürzung des Lehrplans unter keinen Umständen erfolgen dürfe.

Mit dem Bau eines Hauses für das Landgericht III wird, wie mannehr feststeht, unmittelbar nach Ostern d. J. begonnen werden. Das Gebäude wird auf dem von der Stadtgemeinde Charlottenburg dem Fiskus unentgeltlich zur Verfügung gestellten Bauplatz am Tegeler Weg und an der Osabrüderstraße, nördlich vom Igl. Schloße in Charlottenburg, aufgeführt werden. Die Baukosten sind auf 1 077 000 M. festgesetzt.

Vermischtes.

Ueber ein Attentat wird aus Düsseldorf berichtet: Vor der Polizeiwache in der Keufferstraße hier selbst schoß Freitagmorgen auf offener Straße ein Mann auf den Polizeiergeanten Julels und verwundete ihn tödlich. Der Thäter schoß darauf auf sich selbst. Er ist ein Stadtreisender aus Gelsenkirchen. Das Motiv der That ist unbekannt. Julels lebt noch, doch ist sein Zustand hoffnungslos.

Dochwasser am Rhein. Wie der „Königlichen Volkszeitung“ aus Trier gemeldet wird, ist dort Dochwasser eingetreten. Die Mosel hat eine Höhe von 2,05 Meter erreicht, sie stieg letzte Nacht um 1,70 Meter.

Schiffsunglück. Der mit dem englischen Dampfer „Indiana“ zusammengestoßene deutsche Dampfer „Washington“ hat an der Nordbörse des Wugs über der Wasserlinie Beschädigungen erlitten. Verschiedene Spanten wurden eingedrückt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Jaher. Wenn Sie ohne Klüftung angeheilt waren, dann fragen Sie auf Klüftung Entschädigung beim Gewerbegericht.

M. G. S. Bitte Konnemannsküftung einzufenden und Fragen zu wiederholen.

Frage 100. Die Poliklinik für innere Krankheiten ist in der Charité-Dienstadt, Donnerstags und Sonnabends von 12^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr geöffnet. — **M. W. 100**. 1. Bericht ist die Forderung nicht 2. Gegen die Forderung können Sie Ihre Forderung aufrechnen. 3. 60 Pf. — **Gedwig K.** Der Erzeuger eines nach dem 31. Dezember 1899 anher der Ehe geborenen Kindes ist auch dann zur Zahlung der Kindesunterstützung, sechswochenlang und der Klimente verpflichtet, wenn die Mutter des Kindes bereits früher außerhalb geboren hatte. — **N. R. 100**. Die Kosten sollen Ihnen selbst zur Last, jedoch können sie von der Kasse oder der Anstalt auf Ihren Antrag übernommen werden. — **Schulstr. 110**. In Ihrem Falle hat der Berufsrecht. — **Krege**. Die auf unsere Rat hin eingelegte Berufung hat, wie das Schiedsgerichtsurteil erweist, vollen Erfolg gehabt. Es sind 12 Pf. der Mutter und ihren noch nicht 16 Jahre alten Kindern zugesprochen. Das entspricht dem Gesetz. Ob die neue Berechnung der Pensionhöhe zutreffend ist, läßt sich ohne Kenntnis der Vermögensverhältnisse des Berufsberechtigten (Kand er im Wochenlohn? wie hoch war der Lohn? usw.) nicht sagen. Sie können das auf Grund der Darlegungen auf S. 43 des ersten Nachtrags zum Arbeiterrecht (Führer durch die Unfallversicherung-Gesetze) selbst nachrechnen und der Witwe Auskunft geben. Stöhen Ihnen Zweifel auf, so wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung nach der angegebenen Richtung hin.

H. E. Wenden Sie sich wegen Beantwortung Ihrer Fragen an die russische Gesellschaft. — **G. Zukunft.** Sie sind nicht zur Rückgabe verpflichtet. — **J. J. Brey.** Wenn Sie eine geschlossene Gesellschaft sind, brauchen Sie sich um die gerichtliche Entscheidung entgegenstehende Ansicht des Landrats nicht zu kümmern. — **R. V. 10.** Zu einer Beschwerde liegt für Sie kein Anlaß vor. Abschrift der Privatklage geht zunächst dem Beklagten mit der Aufforderung zu, sich innerhalb einer Frist (in der Regel 1-2 Wochen) zu äußern. Nach Ablauf der Frist erhält der Kläger Mitteilung von der Antwort oder es wird Termin anberaumt. In der Regel vergehen daher bis zur Anberaumung des Termins 4-6 Wochen. — **G. R. 7.** Nein, Sie betreiben kein unvollständiges Gewerbe. — **M. 1.** Jemohl. — **R. H. 8.** Ihre Witze ist im Recht; falls nichts anderes vereinbart ist, kann bei einem monatweise gemieteten Zimmer, insbesondere also auch bei Chambrage-Vermietungen, mit Rücksicht nur bis zum Fünftel zum Ersten, nicht aber umgekehrt bis zum Ersten zum Fünftel des Monats gekündigt werden. — **G. R. 1000.** So lange Sie und die Betroffenen wollen; nur darf kein Entgelt für die Zimmerbenutzung genommen werden. — **G. R. 12.** 1. Ja, haben Sie Zweifel daran, ob die Betroffenen wirklich Erben sind, dann hinterlegen Sie die Rente bei der Hinterlegungsstelle, Invalidenstr. 32, 2. und 3. Rein. — **G. R. 33.** Wenden Sie sich an die Direktion der „Städtischen Leihbibliothek“, Markstr. 49.

Genosse Sch. 79. Ueberlegen Sie es sich dreimal, ehe Sie das Mädchen zur Arbeit ausbilden lassen. Ist das selbe davon nicht abzuwenden, so infizieren Sie im „Arzt“, Döhlendorf, welche Truppe geneigt ist, ein Mädchen in die Lehre zu nehmen. Im Ingerat können Sie Mier, Größe und Gewicht des Mädchens angeben. Geben Sie das Mädchen nur an solche Kandidaten, bei denen das selbe Familien-Anschluß hat, und erfordern Sie sich unbedingt vorher in Nachfragen genau nach dem künftigen und moralischen Ruf der sich anbietenden.

Die Beleidigung gegen den Maurer **S. I. W. et c.** nehme ich hierdurch zurück. **28085** **M. P. Fischer.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Ortsverwaltung Berlin II. Am 26. Februar verschied das Mitglied unserer Kasse, der Tischler

August Vogel
im Alter von 42 Jahren.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofs aus statt. [184/4] **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Witwe **Th. List** nach langem schweren Leiden am 26. d. M. entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
Im Namen der Hinterbliebenen **Familie Zieten.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines ungeliebten Mannes, sage allen Genossen und Genossinnen, sowie Herrn Professor Gehe für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank. [28085] Witwe **Therese Schröder** nebst Angehörigen.

Achtung! Achtung! Görbersdorf.
Sonntag, 3. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15: **Zusammenkunft Welters Patienten.** Zahlreiches Erscheinen gewünscht. **Die Einberufer.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe. Nachstehende Statutenänderungen bringen wir hiermit den Mitgliedern zur Kenntnisnahme; dieselben treten am Montag, den 4. März 1901 in Kraft:
1. Nachtrag zum Kasstatut: **Auf Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 19. Nov. 1900** erhalten folgende Paragraphen des Statuts nachstehende Abänderung: § 13 erhält den Zusatz: „als Mitglied“;
2. In dringenden Fällen gewährt die Krankenkasse Fahrgeld, jedoch hängt die Bewilligung von der Anweisung zweier Kasstatuten ab.“ § 56 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Die Engagementdauer resp. die Kündigungsfrist bestimmt die Generalversammlung; die Kündigungsfrist ist mindestens eine vierteljährliche.“
Der Vorstand
Bernh. Jost, Vors. Gg. Bäcker, Schriftf. Der Nachtrag wird genehmigt. II C. Nr. 4/1 01.
Berlin, den 29. Januar 1901.
Der Bezirksausschuß, Abt. II. **Ziber.**
NB. Die beantragte Änderung des § 13 Abs. 2 wurde abgelehnt. [271/3]

Wästen-Garderobe. Größte Auswahl. Billigste Preise. Vereinte Preisermäßigung.
Fr. Panknin, Cranienstr. Nr. 178, II. Abalberstr. 91. Ecke Cranienstr.

Wo ist die schönste Zuspärtie? Durch den Grunewald nach Pichelswerder zum alten Freund. [4942]

Fahrräder-Leihhaus!
Verfallene Räder, neu und alt in grosser Auswahl spottbillig. [827/L*]
Nur erstklassige deutsche Marken.
Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11.

Breslauer Korn
a Str. 60 Pf. 80 Pf. 1,00 Pf.
a Str. Jagd-Korn 1,50 Pf.
Paul Glatzel, Breslau X.
Getreide-Korn-Brennerei. [142/5*]

Möbel
auf Teilzahlung in der Fabrik
H. Roggensack,
Inh. P. Krantz,
BERLIN N. 7,
Ruppiner-Strasse 5.

15 Stück 10 Pfennig Cigarettenfabrik Gebrüder Halpaus
Friedrichstrasse, Ecke Jägerstrasse.
Elektrischer Betrieb, 180 Arbeiter, wöchentliche Produktion 1 Million Cigaretten.

Marktpreise von Berlin am 28. Februar 1901
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	15,40	14,70	Roriofeln, neue, D-Gir.	7,-	5,-
„ mittel	14,60	13,90	Rindfleisch, Keuse 1 kg	1,60	1,20
„ gering	13,80	13,10	„ do. Bauch	1,30	1,-
Roggen, gut	15,90	15,40	Schweinefleisch	1,80	1,10
„ mittel	15,30	14,80	Rindfleisch	1,80	1,-
„ gering	14,70	14,20	Lammfleisch	1,80	1,-
*) Gerste, gut	6,82	6,32	Butter	2,80	2,-
„ mittel	7,80	7,30	Eier	5,20	3,-
„ gering	40,-	25,-	Karpfen 1 kg	2,20	1,-
Rübsen	45,-	25,-	Wale	2,80	1,20
Speisebohnen	70,-	30,-	Bonbon	2,50	1,20
Linzen			Wade	2,20	1,-
			Barische	1,80	0,80
			Schote	3,-	1,20
			Wiese	1,40	0,80
			Rohrste	12,-	3,-

*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 1. März. Getreide. Trotzdem anregende Momente kaum vorhanden, zeigte sich der Getreidemarkt heute wider Erwarten belebt und die starke Nachfrage, welche hauptsächlich für Rot-Roggen vorhanden war, ging mit einer Befestigung der Gesamttendenz Hand in Hand. Am Frühmarkt dagegen war allerdings unter dem Einfluß von vorwiegend etwas matten Auslandsbörsen Weizen schwach, Roggen wenig verändert. Mittags jedoch traten am Roggenmarkt zu-

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Sonntag, den 3. März, abends 6 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die hygienische Fürsorge für Frauen und Kinder und die Gemeinde. Referent: **Dr. Freudenberg.** 2. Diskussion. 219/6
Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche der Büsten- und Kleiderbügelmacher.
Montag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Wilke, Andreasstr. 26:**
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Die Ausfertigung der Kollegen bei der Firma Nordgauer & Co.
Achtung! Einsetzer. Achtung!
Die üblichen Bezirks-Sitzungen finden Sonntag, den 3. März, in den bekannten Lokalen statt und laden zu zahlreichem Besuch ein **Die Kommission.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Heute Sonntag, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Hummel, Zophienstr. 5:**
Vertrauensmänner-Konferenz der chirurgischen Branche.
Sonntag, den 3. März cr., vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Metallschleifer
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Hermann Stenz** über: „Die Disziplin, eine bisher todeswürdige, hochwichtige Seite“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände.
In dieser Versammlung gelangen die Fragebogen zur Ausgabe.
Zahlreicher Besuch ist daher notwendig.
112/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Möbelpolierer.
Heute abend in sämtlichen Zahlstellen Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe der Billets à 50 Pf. zu dem am 9. März in Kellers Festhale, Kopenstr. 29, stattfindenden **Maskenball.**
Montag, 4. März, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 197:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. **Rosenow** über: Die Arbeiterbewegung früher und jetzt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege **Lassowski.** Korreferent: Kollege **Volz.** 2. Anträge. 3. Verschiedenes. 145/16
Die Sitzung der Vertrauensleute fällt aus. **Der Vorstand.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festhale, Deuth-Str. 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Gillig** über: „Die Entschädigung der Ehe, das Eheleben bei den Naturvölkern.“ 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 138/8 **Der Vorstand.**

Steinarbeiter!
Montag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl des Statistikers. 2. Unser Beerdigungswesen. 3. Verschiedenes. 172/6
Um zahlreichen Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Aeltere sozialistische Werke
von Engels, Lassalle, Marx, Smith etc.,
Sozialistische Zeitungen und Zeitschriften
taufen frei **S. Calvary & Co.,** Aniquarier,
Berlin N.W. 7, Neue Willhelmstr. 1.
789/2*)

15 Stück 10 Pfennig Cigarettenfabrik Gebrüder Halpaus
Friedrichstrasse, Ecke Jägerstrasse.
Elektrischer Betrieb, 180 Arbeiter, wöchentliche Produktion 1 Million Cigaretten.

15 Stück 10 Pfennig Cigarettenfabrik Gebrüder Halpaus
Friedrichstrasse, Ecke Jägerstrasse.
Elektrischer Betrieb, 180 Arbeiter, wöchentliche Produktion 1 Million Cigaretten.

15 Stück 10 Pfennig Cigarettenfabrik Gebrüder Halpaus
Friedrichstrasse, Ecke Jägerstrasse.
Elektrischer Betrieb, 180 Arbeiter, wöchentliche Produktion 1 Million Cigaretten.

porteur als Käufer für Frühjahrslieferungen auf und bewilligten den äuerst zurückhaltenden Abgehern um 1 Pf. höhere Preise als gestern. Weizen blieb nicht unbeeinträchtigt und konnte sich, wenn auch bei wesentlich rubigerem Handel gut erhalten. Roggen wurde bei kleinen Umsätzen 5 Pf. besser bezahlt. Hafer fiel, aber behauptet. Weizen eher etwas schwächer. Weizen gegen gestrigen Schluss 20-30 Pf. gebessert.
Spiritus. Spiritus unverändert, 70er loco 44,20 Pf.
Die heutige Getreide-Börsenraufnahme ergab 5970 T. Weizen (gegen 1. Februar - 270 T.) und 1508 T. Roggen (- 1210 T.).

Witterungsübersicht vom 1. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-Hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stromende	752,0	0	bedeckt	1	4	Daprantha	763,0	2	Dunst	-31	
Damburg	750,0	2	bedeckt	2	4	Petersburg	-	-	-	-	
Berlin	751,0	2	Regen	4	4	Kort	734,0	3	6	Regen	5
Frankf./M.	753,0	4	bedeckt	5	4	Kierden	741,0	3	7	bedeckt	4
München	756,0	4	bedeckt	4	4	Paris	750,0	3	3	bedeckt	5
Wien	759,0	1	bedeckt	-1	-						

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 2. März 1901.
Etwas wärmer, zeitweise aufkarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen nördlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Frische Fische — gute Fische!
Von täglich frischer Zufuhr empfehlen diese Woche lieferbar:
Schellfische in allen Größen pro Pfd. 23-27 Pf.
Cabliau 23-30 Pf., im Anschnitt pro Pfd. 30-33 Pf.
Alle anderen Fischsorten wie: Seezachs, Rotzungen, Schollen, Brautlunder, Kurrhahn, Seeaal, Heibutt, Farbutt, Steinbutten, Seerungen etc. ebenfalls billig. Ferner:
Delikates-Fischfotelettes
gebraten und mariniert in Blechdosen — tafelfertig.
Preise:
Blechdose 5 Liter = 10 Pf. ca. 30 Portionen Mk. 2,50
8 Liter = 17 Pf. ca. 40-45 " " 3,50
4 " = 8 " ca. 25 " " 2,00
2 " = 4 " ca. 15 " " 1,25
Ausgewogen pro Pfund 35 Pf. — Portionen zu 10 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
la Delikates-Seeaal in Aspice,
8 Pfunddose ca. 4 Liter Inhalt, pro Dose Mk. 3,75.
la Delikates-Fischsülze,
4 Pfunddose ca. 2 Liter Inhalt, pro Dose Mk. 2,00,
sowie täglich frisch geräucherter Seezachs.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „**Nordsee**“.
Größte Hochsee-Fischerei Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern.
In Berlin 5 Verkaufsfilialen.
Hauptfiliale Berlin C. 22,
Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
Nr. II. Berlin NW, Lüneburgerstr. 8, Ecke Paulstr. 8, Stadtbahnbogen 888/89, Centrallager.
Nr. IV. Berlin O., im Schlesischen Bahnhof, Wabnitzstr. 22.
Nr. V. Berlin N., (Wedding) Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorferstr. 1.
Nr. III. Berlin S., Prinzenstr. 30, zwischen Rorigplatz und Ritterstr. 1.
Praktische umfangreiche Fischkochbücher, Ausgabe 1901, erhalten Käufer gratis.

Erklärung.
Der Verein sozialdemokratischer Schanzenarbeiter hatte auf die Tagesordnung seiner letzten Versammlung gesetzt: „Das Verhalten des Kollegen V. d. A.“ Auf Grund dieser Angelegenheit wurde ich von mehreren Genossen befragt, was ich denn eigentlich verbrochen habe. Ich erkläre hiermit, daß mein Verhalten darin besteht, daß ich 3 Pfund Bier an Privatfondschaff außer dem Hause für 25 Pf. verkaufe. Die Herren Kollegen V. d. A., Prudstr. 20 und R. L. Kopenstr. 13, haben dieses beim Vereinsvorstand angezeigt. Das Urteil über dieses mein Verhalten überlasse ich trotz jedem denkbaren Menschen. **Wilhelm Lock, Grüner Weg 46.**

Achtung! Vereine. Achtung!
Restaurant zum Boddensee in Birkenwerder,
das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und hoch. Unterkunft für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Mäßige Preise. Mehrere Säle.
Aussicht von echtem, Weiß- und Lagerbier.
Stallung für 100 Pferde. — Prachtvoller Garten.
Birkenwerder ist mit Fahrweg in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geachteten Herrschaften, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen.
Bei großen Korporationen stellt die Ehrenkassendirektion, bei vorheriger Anmeldung, Sonderzüge ein. **Besitzer A. Ebel.**

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner **Leppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!** zu ansgewöhnlich billigen Preisen zum **Ausverkauf!**
Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Fr. Domnings Restaurant „Neuer Krug“
Bahnhofstation Neu Rahnisdorf,
an der Oberspree, zwischen Müggel- und Dämeritzsee.
Größeren Vereinen und Gesellschaften halte mein Lokal bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 849/2*
Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Zum Glasarbeiterstreik in Rieburg a. W.

Durch den Kufus des Verbandsvorstands sind ja die Arbeiter über die Sachlage im Königreich Hehe (a la Stumm) unterrichtet. Zur weiteren Aufklärung diene folgendes: Die Organisationsbestrebungen der Glasmacher in Rieburg datieren aus dem Jahre 1889, wo dieselben einen Fachverein gründeten...

III. Den Pflegern die bereits angebilligte Mietsentschädigung von IV. 60.— ohne Bedingung zu gewähren. IV. Dem Arbeiterausschuss das Recht zu gewähren, falls ihm Klagen als Maßregelungen vorlämen, darüber bei der Direktion vorstellig zu werden.

Bevor die Klagen eingereicht, wurde der Arbeiterausschuss nochmals vorstellig, um die Sache möglichst in friedlicher Weise beizulegen. Hier stellte aber Hehe folgende Bedingungen: 1. Jeder hat sich zu unterschreiben, daß er innerhalb eines Jahres nicht an einem Streik teilnehmen wolle.

Von den Verwaltungsbehörden wird der Unternehmer in seinem Kampfe gegen die Organisation in der bereitwilligsten Weise unterstützt. Der Magistrat von Rieburg hat plötzlich einen Arbeitsnachweis errichtet und macht nun bekannt, daß er den Anträgen auf Ueberlassung von Wohnungen nicht genügen könne...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung. Theater. Sonnabend, den 2. März. Opernhaus. Wagners Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Compagnon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater. (Waller-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Der Retter. Drama in 4 Akten von C. G. Reinking. Sonntagmorgen 3 Uhr: Der Herr Senator. Sonntagabend 8 Uhr: Rosmersholm. Montagabend 8 Uhr: Der Retter.

Thalia-Theater. Dreddenstr. 72. Heute und folgende Tage: Amor von Heute. Or. Anstaltungsstücke in 1. u. 2. Teil. Dornen: Thomas, Tierscher, Heimerding, Junfermann, Paulmüller. Damen: Milton, Milant, Böls, Bannmann.

Passage-Theater. D-Vorstellung. Anf. Sonntags 12. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Neues sensationelles Programm. Zum 1. Mal in Berlin: Damen-Ringkampf. Mlle. Math. Morisel, Henriette Garret, Martha Lorins, Louise Duval.

Cirkus Busch. Sonnabend, 2. März, 7 1/2 Uhr: Prank- und Parade-Abend. Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen Pferdewandigers Professor Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Eisenbahnbrücke.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. Bock-Anstich. Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Cirkus Alb. Schumann. Wegen eingegangener Verpflichtungen mit dem Grand Hippodrom in Paris muß ich leider meine diesjährige Saison schon am Montag, den 4. März 1901 beenden.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Sonntag 6 Uhr. Spezialitäten. J. M. Ritt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

CASTANS PANOPTICUM. Ein Riesen-GORILLA. Neu! Neu! Neu! aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Durchweg neues Programm! Alles Schlager 1. Rang! 8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr. Die beiden Weizen.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Der Goldneffe.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Neues Programm! Siehe sämtliche Säulen.

Strand-Restaurant am Wannensee. Mittagessen u. Abendessen. Empfehlung: Kaffeehaus, Biergarten und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, geräumige Redenräume. Vorstellungen aller Art. Coullante Preise. 7364 N. Degebrodt. „Strandloch“, Köpenick.

Einsegnungs-Anzüge. ein- und zweireihig, tadellos sitzend, in Kammgarn, Diagonal, Satin oder Cheviot 12—36 Mk. Gesellschafts-Anzüge in Smoking-, Rock- oder Gehrockfaçon, elegant und modern gearbeitet 30—54 Mk. Havelocks und Pelerinon-Mäntel in wetterfestem Loden 8,50—36 Mk. Dauerhafte Beinkleider ca. 2000 Stück in allen möglichen Mustern von 3—18 Mk. Carl Stier, 166 Oranien-Strasse 166. Nach ausserhalb Versand von Mustern und Massanleitung. Ausführung unter Garantie guten Sitzens. Nur eigenes Fabrikat!

